

**Protokoll des DSB - Kongresses
in Köln am
19./20. März 1955**

Protokoll

DSB-Kongreß in Köln am 19./20. März 1955

Anwesend sind (laut Anwesenheitsliste die Herren Schneider, Flach, Wunder (Bayern), Dähne, Fohl, Schwarzmüller, Ahrens, Brinckmann, Rellstab, Sörensen (Hamburg), Reinbold, Stock, Fritz (Baden), Dr. Stüber (Berlin), Seidel, Werner (Hessen), Abels, Remus, Boese, Pfeiffer, Zörner, Ewald, Schmidt (?) (Mittelrhein), Mertens (Blindenschachbund), Czaya, Kabitz (Niedersachsen), Dr. Deppe, Harbecke, Beekmann, Anni Hecker, Peters, Brombach, Dr. Gruhl (Nordrhein-Westfalen), Munz, Allgäu (?) (Württemberg), Dr. Appel (Weser-Ems), Schulz (Schleswig-Holstein).

Später: Dr. Rasquin (Weser-Ems), Babel (Nordrhein-Westfalen), Ückermann (Blindenschachbund).

1. Stimmberechtigung und Stimmenzahl

Herr Schneider eröffnet die Sitzung um 14 Uhr 30.

Herr Abels begrüßt im Namen des einladenden Verbandes die Versammlung, wünscht einen guten Verlauf und hofft, daß alle Teilnehmer die besten Eindrücke von Köln nach Hause nehmen.

Herr Schneider begrüßt die Versammlung im Namen des Präsidiums des DSB und dankt Herrn Abels für die Vorbereitung des Kongresses. Er stellt fest, daß der Kongress gemäß § 9, Absatz 1, mit sechswöchiger Frist einberufen worden ist und fragt, ob hiergegen Einwendungen gemacht werden.

Herr Czaya weist zunächst darauf hin, daß er trotz satzungsgemäßer Bestimmung keine Einladung bekommen habe und ebensowenig einen gewissen Schriftwechsel, der hinausgegangen sei. Es müßten auch drei oder vier von ihm abgesandte Briefe verloren gegangen sein. - Darüber hinaus sei es seit undenklichen Zeiten üblich, nicht nur die Delegierten der Verbände, sondern alle Schachfreunde durch Aufruf in den Schachzeitungen einzuladen.

Herr Schneider erklärt, daß er im Portobuch nachweisen könne, auch an Herrn Czaya geschrieben zu haben. Daß die Schachzeitungen nicht unterrichtet worden seien, bittet er als Versehen im Hinblick auf die Fülle der auf ihn lastenden Arbeit zu entschuldigen, zumal auch kein Pressewart im Amt war. - Er stellt fest, daß keine weiteren Einwände gegen die Einberufung vorliegen und verliest die Tagesordnung: 1. Feststellung der Stimmberechtigung und Stimmenzahl. - 2. Bericht des Vorstandes, - 3. Satzungsänderungen lt. Entwurf der Satzungskommission. - 4. Ausschlußantrag des Präsidiums des DSB vom 31.10.1954 Herrn Karl Linnmann, Wiesbaden, betreffend. - 5. Entlastung. - 6. Neuwahlen. - 7. Satzungsänderung betreffend Sitz und Gerichtsstand des DSB. - 8. Etat 1955. - Spieltechnisches. - 10. Anträge. - 11. Verschiedenes. -

Herr Dr. Deppe beantragt, den Punkt 4 der Tagesordnung bis nach der Wahl zu vertagen.

Herr Abels glaubt demgegenüber, daß dieser Punkt eine Sache des alten Vorstandes sei, und ist für Ablehnung des Antrages.

108

Herr Dr. Deppe hält die Frage des Ausschlusses für einen Gegenstand, der normalerweise nach Neuwahlen komme. Es frage sich ferner, ob der Fall nicht schon nach der neuen Satzung behandelt werden müsse.

Herr Schneider glaubt nicht, daß man einen alten Fall nach neuen Satzungen behandeln könne.

Herr Schulz ist überrascht, daß dieser Antrag von Nordrhein-Westfalen kommt. Man müsse doch erst einmal hören, was los ist. Nordrhein-Westfalen habe eine ganz besondere Rolle in dieser Angelegenheit gespielt.

Herr Dr. Deppe meint, es könne ja auch nachher ausführlich geklärt werden.

Herr Flach beantragt Abstimmung ohne weitere Debatte.

Herr Schneider stellt zunächst die Stimmzahlen fest:

Hamburg	1642	Mitglieder	3	Stimmen
Schlesw.-H.	1218	"	2	"
Berlin	1414	"	2	"
Weser-Ems	1001	"	2	"
Niedersachs.	1800	"	3	"
Nordrh.-W.	7911	"	15	"
Mittelrh.	2010	"	4	"
Hessen	2653	"	5	"
Baden	3010	"	6	"
Württemberg	3502	"	7	"
Bayern	8159	"	16	"
Blindens.-B.	202	"	1	"

Also insgesamt ohne die Pfalz 66 Stimmen. - Herr Schneider läßt über den Antrag auf Verlegung von Punkt 4 abstimmen. Der Antrag wird gegen die Stimmen von Hessen und Nordrhein-Westfalen abgelehnt.

2. Bericht der Vorstandsmitglieder

Herr Schneider stellt zunächst fest, daß im Kurzprotokoll über Bielefeld, das Herr Rellstab in der Deutschen Schachzeitung veröffentlicht habe, einige wichtige Punkte eingefügt werden müßten: Nach der Erklärung von Herrn Dr. Deppe habe Herr Schneider im Namen des Bayerischen Schachbundes gesagt, er würde auf Antrag für den Ausschluß des Herrn Linnmann stimmen; man dürfe aber keinen Landesverband in irgendeiner Sache unter Druck setzen, auch nicht in der Angelegenheit Linnmann. Ferner sei noch zu den Erklärungen der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder hinzuzufügen, daß sie nicht wieder kandidieren würden. - Herr Schneider betont, er habe sich nach der Sitzung in Bielefeld verpflichtet gefühlt, in der Sache Linnmann den Standpunkt des Deutschen Schachbundes zu vertreten. Es sei eine Fülle von Arbeit auf ihn zugekommen, und wenn eine Panne eingetreten sei, bitte er das zu entschuldigen. - Er gibt das Wort Herrn Stock.

Bericht über den Weltschachbund

Herr Stock spricht zunächst über die Verlegung der schach-olympischen Spiele von Buenos Aires nach Amsterdam; dort habe auch der FIDE-Kongreß getagt. In einer Sitzung des Qualifikations-Komités, dem Herr Stock angehörte, sei Unzicker ohne Diskussion einstimmig zum Großmeister vorgeschlagen worden und dann von der Versammlung bestätigt. Der deutsche Antrag, Remispartien unter einer festgesetzten Mindest-Zügelzahl zu verbieten, sei in dieser Form zwar abgelehnt worden, habe aber zu einer neuen Bestimmung geführt, daß in Zukunft der Turnierleiter

gegen nicht kämpfende Spieler disziplinarisch vorgehen könne. Die Leitung der FIDE-Revue sei Herrn Opocensky wegen seiner Berichterstattung über westeuropäische Verhältnisse in anderen Zeitungen entzogen worden und dem Tschechen Louma übertragen. Der Deutsche Schachbund habe ein Lob bezogen wegen angemessener Bestellung und prompter Bezahlung der FIDE-Revue. Die Argentinier hätten bezüglich der Absage der schacholympischen Spiele erklärt, daß sie von ihrer eigenen Sportorganisation im Stich gelassen worden seien, und Herr Stock habe sich dafür eingesetzt, daß diese Entschuldigung anerkannt wurde. Herr Stock hatte dafür ein Dankschreiben der argentinischen Schachorganisation erhalten, auf ausdrücklichen Wunsch der Versammlung las er es vor und erntete Beifall. - Herr Stock berichtete weiter über die nächsten schacholympischen Spiele, deren Durchführung zusammen mit dem FIDE-Kongreß 1956 in Moskau einstimmig beschlossen worden seien. Bei den Neuwahlen des Vorstandes der FIDE seien der Präsident Rogard und der Vizepräsident Berman wiedergewählt, ferner Herr Stock in das Zentralkomitee. Herr Stock hob zum Schluß den tadellosen gesellschaftlichen Rahmen und die Herzlichkeit der Begegnungen in Amsterdam wie auf allen FIDE-Kongressen hervor.

Herr Schneider dankt Herrn Stock. Er fragt Herrn Ahrens, ob alle Verbände stimmberechtigt sind.

Herr Ahrens: Alle Verbände sind stimmberechtigt. Es sind nur hier und da ganz unwesentliche Rückstände vorhanden.

Herr Schneider erteilt sodann Herrn Brinckmann das Wort.

Bericht des Turnierleiters

Herr Brinckmann stellt einleitend fest, daß alle Aufgaben des DSB erfüllt seien, wenn auch hier und da nicht ganz termingerecht. Er nennt die Vorturniere zur Deutschen Meisterschaft und deren Sieger. - In der Mannschaftsmeisterschaft habe München zum vierten Mal gesiegt, aber auch die anderen Mannschaften hätten gute Leistungen aufzuweisen. Der Schlußkampf in der Sportschule Grünwald habe einen außerordentlich dramatischen Verlauf genommen. - Die Kämpfe um den Silbernen Turm seien reibungslos abgewickelt. Herr Brinckmann gibt zu, daß er im Hinblick auf das Protokoll Höchst einen Fehler begangen habe, indem er einen Schlußkampf von drei Spielern zuließ. Er habe wohl daran gedacht, Herrn Röver heranzuziehen, aber Bedenken getragen, weil Röver bereits in den Vorkämpfen durch Verlust ausgeschieden war. - Unzicker werde in diesem Jahre in Göteborg am Interzonenturnier teilnehmen. Die Niederlage von 7 1/2 : 12 1/2 gegen Jugoslawien sei reichlich hart, aber noch zu ertragen, weil Jugoslawien wohl die zweitstärkste Nation der Welt sei. Zu erwähnen sei nach dem Europazonenturnier noch als Erfolg der fünfte Platz Deutschlands in Amsterdam, der Sieg von Lothar Schmid in der Schweiz. Ferner hätten deutsche Spieler in Spanien, Holland und England gespielt. Eine Kölner Studentenmannschaft auf Initiative von Herrn Brandenburg (Krefeld) habe fünf Kämpfe in England sämtliche gewonnen (Beifall. - Herr Ahrens: Es wurden hierfür aus Förderermitteln 200.-DM gegeben.) Für die Teilnahme einer deutschen Mannschaft am Claire-Benediktturnier sei Voraussetzung, daß mindestens die Reisekosten bewilligt werden, ebenso für eine Teilnahme an der geplanten Europa-Mannschaftsmeisterschaft. Es stehe ferner das große internationale Turnier des Hamburger Schachklubs bevor. Niemand könne behaupten, daß der DSB nichts getan habe.

Herr Schneider dankt Herrn Brinckmann und fragt, ob jemand zu den Berichten der Herren Stock und Brinckmann Stellung nehmen wolle. Da sich niemand meldet, erteilt er Herrn Ahrens das Wort.

Bericht des Kassenwartes

Herr Ahrens weist zunächst hin auf einige Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Herrn Schneider. Er möchte folgende drei Punkte geklärt wissen: 1.) Ob der Schatzmeister wie bisher Gelder für Veranstaltungen erst unmittelbar bei Beginn überweisen soll oder - wie Herr Schneider wünscht - schon geraume Zeit vorher; 2.) ob der Schatzmeister auf Grund des Voranschlages auszahlen müsse oder auf Anweisung des Präsidenten; 3.) ob Herr Ahrens nach der Sitzung in Bielefeld kommissarischer Schatzmeister sei oder Schatzmeister im Amt, der die Geschäfte abwickelt. - In einem eingeschriebenen Brief habe ihn Herr Schneider ersucht, sofort 500.-DM an Herrn Flach zu überweisen mit der Drohung, daß andernfalls Herr Flach vom Turnier zurücktreten und den DSB für den Schaden haftbar machen werde.

Herr Schneider steht auf dem Standpunkt, daß Herr Ahrens in Bielefeld zurückgetreten und danach nur kommissarischer Schatzmeister sei. Die Zahlung am 4. März sei notwendig gewesen, weil die Hotels ja von Herrn Flach in solchen Fällen Vorauszahlungen verlangen. (Herr Stock: Das stimmt nicht!).

Herr Flach teilt mit, Herr Ahrens habe geschrieben, er wolle für das am 22.3. beginnende Turnier erst am 14.3. überweisen "auf Grund gemachter Erfahrungen". So könne man nicht umgehen mit einem Veranstalter, der sich um ein repräsentatives Turnier bemüht.

Herr Ahrens hält dem entgegen, es fänden im Jahre zehn bis fünfzehn Veranstaltungen statt, und er könne nicht darüber richten, wer kreditwürdig sei und wer nicht. Herr Seidel habe sich in der gleichen Lage auch nicht beleidigt gefühlt. Herr Flach solle doch die Sache nicht persönlich nehmen.

Herr Czaya fragt Herrn Schneider, ob er noch heute zu seinen Ausführungen an Herrn Ahrens stehe, was Herr Schneider bejaht.

Herr Ahrens weist darauf hin, daß Herr Dähne ihn immer bei bevorstehenden Ausgaben gefragt habe, ob sie dem Voranschlag entsprechen und zu vertreten sind. Auch bei unvorhergesehenen Dingen müsse nach Ansicht von Herrn Ahrens der Präsident im Einvernehmen mit dem Schatzmeister handeln.

Herr Schneider berichtet, er habe von Herrn Ahrens auf die Frage nach dem Kassenstand erfahren, daß dieser 9000.-DM betragen hätte, und er habe Herrn Ahrens daraufhin gebeten, den Kredit an Herrn Dähne zurückzuüberweisen, außerdem die 500.-DM an Herrn Flach. Herr Ahrens habe sich geweigert, an Herrn Dähne vor dem Kongreß zurückzuzahlen. Es sei aber doch ein Unterschied zwischen einem Schatzmeister und einem kommissarischen Schatzmeister.

Herr Kabitz und Herr Bromberg glauben, daß den Kongreß nur der Kassenbericht interessiert und nicht die Meinungsverschiedenheit zwischen Herrn Schneider und Herrn Ahrens. Herr Bromberg beantragt Schluß der Debatte.

Herr Schulz bittet um Klarstellung, wer Anträge stellen kann. - Darüber entsteht eine kurze Debatte. Herr Bromberg erklärt, daß er auf der Delegiertenliste stehe.

Herr Schneider will es in Zukunft so handhaben, daß er den Verbandsvorsitzenden fragen wird, wenn jemand Anträge stellt, den er nicht kennt. Er bittet um Äusserungen zu dem Antrag auf Schluß der Debatte.

Herr Dr. Stüber erinnert daran, daß Herr Ahrens ja noch das Wort habe und mit seinem Bericht fortfahren solle.

Herr Ahrens spricht über die Mitgliederbewegung in den letzten Jahren, worüber er eine Aufstellung gemacht hat. Es sei ein stetiges langsames Ansteigen der Zahlen. In der Erfolgsrechnung habe er eine prozentuale Verteilung der Ausgaben sichtbar gemacht. Es seien noch unerwartete Forderungen aus dem Jahre 1953 zum Vorschein gekommen, und dem müsse man in Zukunft einen Riegel vorschieben oder andernfalls in den Voranschlag einen entsprechenden Posten hineinnehmen. Der Betrag für München sei auffallend hoch. Bonn habe 18000.-DM in Aussicht gestellt, aber nur 10000.-DM bewilligt. Für den Silbernen Turm, der erst 1955 ausgekämpft wurde, müsse man wohl noch einiges unter 1955 verbuchen. In den Ausgaben für die FIDE seien 1199.-DM für zwei Jahrgänge FIDE-Revue enthalten. In dem Saldo von 7782.22 DM sei der Vortrag vom vorigen Jahre enthalten. Der Saldo betrage in Wirklichkeit nur 1200.-DM. Die Beiträge der Verbände seien teils von 1954, teils von 1955. Die meisten Verbände, auch Bayern hätten fast alles in den ersten Januartagen gezahlt. Die fördernden Mitglieder erhielten alle die Deutsche Schachzeitung. Die Werbungskosten seien Reisespesen von Herrn Brinckmann. Die Eingänge von fördernden Mitgliedern seien in den letzten Jahren stark zurückgegangen. - Die auf diesem Kongreß gemeldeten Mitgliederzahlen müßten nach Ansicht von Herrn Ahrens für die Beitragszahlungen des ganzen Jahres maßgebend sein. Über die Mittel für Jugendförderung habe er nicht verfügt, dafür sei jetzt ein umso höherer Betrag vorhanden. - Herr Schneider habe trotz Anmahnung nicht rechtzeitig die Abrechnung über das Zonenturnier München gegeben, daraufhin habe das Innenministerium die Bewilligung der restlichen 2000.-DM zurückgezogen. - Herr Ahrens lenkt noch die Blicke der Versammlung auf einen von ihm ausgearbeiteten Voranschlag, da sein Nachfolger einen solchen mangels Erfahrung und Unterlagen noch nicht aufstellen könne.

Herr Schneider bemerkt zu der fehlenden Abrechnung über 2000.-DM, daß über den Zuschuß des Kultusministeriums immer noch nicht entschieden worden sei. Herr Dähne habe von Herrn Siebert telefonisch die zusätzlichen 2000.-DM nur eventuell zugesagt bekommen.

Herr Dähne entgegnet, daß die Zusage der 2000.-DM endgültig war, aber abhängig gemacht wurde von der Abrechnung.

Herr Ahrens erläutert, daß in Bonn immer zuerst ein Betrag genehmigt und überwiesen wird. Ein weiterer Zuschuß werde davon abhängig gemacht, ob der erste Zuschuß abgerechnet und für richtig befunden ist. Andernfalls gehe der zweite Zuschuß an einen anderen notleidenden Verband.

Herr Schwarzmüller kommt auf die Anregung von Herrn Ahrens zurück, daß Mitglieder Meldungen für ein ganzes Jahr gelten. Es gehe nicht an, daß einfach im letzten Augenblick vor dem Kongreß 1001 Mitglieder gemeldet werden.

Herr Bromberg beantragt, die Stimmzahlen auf Grund der geleisteten Zahlungen festzusetzen. - In der Angelegenheit der 2000.-DM hätte man persönliche Differenzen zurückstellen sollen, um den Betrag zu retten. Herr Bromberg wünscht ferner Auskunft darüber, wie sich die Ausgaben für München zusammensetzen. Ferner vermißt er in der Tagesordnung den Bericht der Kassenprüfer.

Herr Schneider stellt klar, daß zunächst hinsichtlich der Stimmzahlen satzungsgemäß der Termin des 1. Juli massgebend ist.

Herr Ahrens wünscht eine Regelung, daß Mitglieder Meldungen vier Wochen oder 14 Tage vor dem Kongreß, nicht aber auf dem Kongreß selber berücksichtigt werden, damit man wisse, wie die Stimmverteilung aussieht.

104

Herr Schneider verweist dieses Thema auf den Punkt 7 der Tagesordnung und erteilt Herrn Flach das Wort. Herr Milz, 2.Kassenprüfer, sei abwesend.

Bericht der Kassenprüfer

Herr Flach berichtet, daß Herr Ahrens die Kassenunterlagen erst am 10. März an ihn und Herrn Dr. Milz geschickt habe. Angesichts der Kürze der Zeit hätten einige Dinge nicht mehr geklärt werden können. Die Gelder gingen bei Herrn Ahrens über ein Personenkonto, Sonderkonto Ahrens, und Herr Ahrens habe die Kontoauszüge nicht zur Verfügung gestellt. Zum Beleg Nr. 101: Ein Vorschuß von 350.-DM für Herrn Dr. Appel sei bis jetzt nur in Höhe von 72.-DM abgedeckt. Bei Herrn Brinckmann tauche immer wieder ein Posten für Papier und Fahrtkosten auf. Der Betrag von 1199.-DM für die FIDE-Revue sei sehr hoch. Es müsse geprüft werden, ob wir zu 60 Exemplaren verpflichtet sind und nicht durch Weiterveräußerung einen Teil der Kosten wieder einbringen können. Es sei unverständlich, daß ein Zuschuß von 350.-DM an die Deutsche Schachzeitung für den Beitrag von Schuster gezahlt worden sei. Im vorigen Jahre seien 2000.-DM an das Innenministerium zurücküberwiesen worden, weil nicht für internationale Zwecke verwendet. Herr Stock habe ursprünglich erklärt, daß sie auch für innerdeutsche Zwecke wären. Das hätte vermieden werden müssen. - Wenn ein Teil der Berliner Eckbauer-Spieler direkt von Berlin nach Düsseldorf geflogen sei, dann hätte mit den Mehrkosten der Verein belastet werden müssen. Bei den Unkosten von Herrn Harbecke vermisste er eine detaillierte Aufschlüsselung. 64.-DM für Vervielfältigung Protokoll Bad Ems hätte eingespart werden können, wenn dieses mit der Schreibmaschine geschrieben wäre. Ohne vorliegende Postscheck-Kontoauszüge kann Herr Flach leider nicht die Entlastung von Herrn Ahrens empfehlen.

Herr Ahrens erklärt, daß er das Personen-Sonderkonto aus einer früheren Sache gehabt und dann für den Schachbund eingerichtet habe, als er so über Nacht zum Schatzmeister ernannt wurde. Dabei sei es dann geblieben. Er sehe darin nichts Verwerfliches. Auf jeden Fall sei das Geld da, ferner alle Vorgänge und Quittungen. - Hinsichtlich Brinckmann Er könne ja nicht fragen, wieviele Briefbogen er gekauft habe. Die Fahrtkosten von Herrn Brinckmann hätten 890.-DM betragen. Wenn jemand so viel reise, könne man sich nicht wundern, wenn Spesen entstehen. - Hinsichtlich Konto Ausland: Man habe beschlossen, an alle Vereinigungen der FIDE die Deutsche Schachzeitung zu schicken, was eine gewisse Werbung für das deutsche Geschehen bedeute. Der Bestellung von 60 Exemplaren FIDE-Revue könne man sich bei 30 000 Mitgliedern nach der Aufschlüsselung nicht entziehen. Über den Beitrag Schuster werde Herr Dähne später sprechen. Der Länderkampf gegen Jugoslawien sei von 1953 auf 1954 vertagt worden, und Bonn habe die hierfür gegebenen 2000.-DM zurückverlangt. Bonn sei nicht damit einverstanden, daß mit diesem Gelde im nächsten Jahre eine internationale Veranstaltung gemacht werde. Hinsichtlich der zusätzlichen Flugkosten sei er gegenüber Berlin ein wenig nachsichtig gewesen, und nach längerem Telefongespräch mit Herrn Menschner habe er schließlich ja gesagt. Das Protokoll von Bad Ems sei in 50 Exemplaren vervielfältigt worden; wären es nur acht, so hätten sie selbstverständlich mit der Schreibmaschine geschrieben werden können. Die Angelegenheit mit den 350.-DM habe er nicht finden können. Herr Ahrens erklärt, daß er diese 350.-DM spenden will, wenn er die Abrechnung in dieser Sache (Dr. Appel) nicht bringen kann.

Herr Dähne begründet die Ausgabe von 350.-DM an die Deutsche Schachzeitung für die von Schuster geschriebene Geschichte des DSB. Die Zahlung sei kein Zuschuß an den Verlag, sondern ein Entgelt dafür,

daß die Geschichte des DSB allen zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Dr. Rasquin bemängelt, daß die Kassenprüfung nur auf schriftlichem Wege erfolgt sei. Ein Personenkonto sei bei einem eingetragenen Verein unmöglich, aber das sei ja kein Grund gegen die Entlastung. Die Ausgabenbelege müßten genügen, die Kontoauszüge mit teilweise auch privaten Zu- und Abgängen gingen Herrn Flach nichts an.

Herr Flach fragt, wie er nachprüfen könne, ob eine Einzahlung auch in den Belegen enthalten sei.

Herr Ahrens entgegnet, daß ja auch Einzahlungen über den Geldbriefträger bei ihm eingehen.

Herr Peters unterstützt die Auffassung von Herrn Flach, daß Kontoauszüge unterbreitet werden müssen. Er kommt auf eine Reihe von Punkten zu sprechen (Flugkosten der Berliner, Briefpapier des DSB, Ablehnung einer Änderungsmeldung von Mitgliedern, angebliche unterschiedliche Behandlung von Landesverbänden bei verspäteten Zahlungen), die sofort als gegenstandslos aufgeklärt werden.

Herr Czaya ist durch die Art der Diskussion nicht beglückt. Er weist darauf hin, daß Herr Ahrens nicht erst seit einem Jahr Schatzmeister ist und bisher niemand das Spezialkonto beanstandet habe. Es sei zweckmäßig, eine mündliche Auseinandersetzung zwischen Herrn Ahrens und Herrn Flach noch am Abend nachzuholen, um zeitraubende Diskussionen zu vermeiden. Der Kassenprüfer habe viele geringfügige Dinge erwähnt, es sei aber interessant, ihn über den Betrag von 8000.-DM für München zu hören.

Herr Schneider warnt davor, die Diskussion abzuwürgen. Wenn die Versammlung es wünsche, könne man ja dem Vorschlag von Herrn Czaya entsprechen und am Abend den Schlußbericht des Kassenprüfers nach vorheriger Klärung mit Herrn Ahrens folgen lassen. - Das Turnier in München habe insgesamt 25827.22 DM gekostet.

Herr Ahrens gibt ergänzend bekannt, München habe 8000.-DM vom Ministerium bekommen. Der zusätzliche Betrag von 899.-DM sei entstanden durch folgende Verbindlichkeiten: Kosten des Turnierleiters, FIDE-Gebühr, Fahrtkosten Dr. Appel für Übersetzung der Ansprachen und Fahrtkosten Dr. Lehmann.

Herr Munz glaubt, daß die Geschäftsführung von Herrn Ahrens über allen Zweifel erhaben sei. Es dürfe aber kein Privatkonto verwendet werden. Wenn er das gewußt hätte, hätte er schon früher ein Veto dagegen eingelegt. Veränderungsmeldungen, wie sie Herr Peters wünscht, seien nicht angängig.

Herr Stock unterstreicht die Ausführungen von Herrn Czaya und Herrn Munz. Man müsse doch trotz solcher Kleinigkeiten, die in persönlicher Aussprache geklärt werden können, einen honorigen Menschen so behandeln, wie es sich gehöre.

Herr Dr. Stüber erinnert in der Abrechnungsfrage an einen ähnlichen Fall in Berlin. Er habe damals für 3000.-DM die besten Belege gegeben, sehe aber nicht ein, weshalb eine Gesamtabrechnung erfolgen solle. Er habe das garnicht gekonnt, weil ja auch das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen eine Abrechnung bekommen habe.

Herr Dähne weist darauf hin, daß über allen Ministerien der Bundesrechnungshof steht, der die Abrechnung verlangt. Da es ein Zuschuß sei, müsse der Veranstalter auch seine eigenen Ausgaben nachweisen.

106

Herr Schneider empfiehlt in solchen Fällen zu schreiben, die Belege seien bei dem und dem Ministerium eingereicht.

Herr Wunder bittet, doch auch dem Kassenprüfer sein undankbares Amt zugutezuhalten und seine Äusserungen nicht persönlich zu nehmen.

Herr Bromberg empfiehlt für künftige Fälle die Vorschrift einer mündlichen Fühlungnahme zwischen Kassierer und Prüfer.

Herr Schneider: Es fehlt eine Geschäftsordnung.

Herr Kabitz fragt nach einer Stellungnahme des anderen Kassenprüfers, des Herrn Dr. Milz.

Herr Ahrens verliest die Kopie eines Briefes von Herrn Dr. Milz an Herrn Flach, worin Herr Dr. Milz erklärt, daß kein Grund zur Beanstandung der Kassenprüfung vorliege. Es fielen ihm die vielen Belege von Herrn Brinckmann auf, doch stehe ihm kein Urteil darüber zu. - Herr Ahrens will noch geklärt wissen, daß Nordrhein-Westfalen und Hessen wegen Mitgliederrückgang weniger zahlen wollen. Er spricht sich dagegen aus, es müsse irgend ein Stichtag bindend sein.

Herr Kabitz und Herr Werner schliessen sich der Ansicht von Herrn Ahrens an.

Herr Peters zieht seinen Antrag betreffs Zahlungsermäßigung zurück, wünscht aber für die Zukunft eine neue Regelung.

Herr Seidel erklärt sich ebenfalls bereit, entsprechend seiner früheren Meldung zu zahlen.

Bericht des Jugendwartes.

Herr Dr. Appel hält es für die wichtigste Aufgabe, das Verhältnis der deutschen Schachjugend zum Sportbund und zum Bundesjugendring zu verbessern. Die deutsche Schachjugend sei nicht stark genug, um einen eigenen Verband zu stellen, sie müsse aber im Rahmen der Bindungen, die der DSB eingehen kann, zur Geltung kommen. Herr Dr. Appel hat verschiedene Rücksprachen mit dem Bundesjugendring in Köln gehabt und erreicht, daß wenigstens die Jugend derjenigen Verbände, die im Sportbund sind, auch zum Bundesjugendring gehört. Die Arbeitsfähigkeit des Bundesjugendwartes sei abhängig von der Mitarbeit der Jugendwarte von Verein, Bezirk und Verband. Bei einer Jugendleitertagung in Braunschweig sei gesprochen worden über Zusammenarbeit mit Lehrern und mit dem Sport. Er habe von dem gegenwärtigen Vorsitzenden der ständigen Kultusministerkonferenz, Herrn Senator Dehmkampf (Bremen), die Zusicherung erhalten, daß über das Schulschach gesprochen werde. Dieser habe bis spätestens Juni Erfahrungsberichte über Schulschach angefordert. Er sei beeindruckt worden durch den Nachweis, daß die schachspielende Jugend auch in den schulischen Leistungen immer im oberen Drittel sei. Dadurch, daß das von Herrn Dähne geplante Mitteilungsblatt wegen der prekären Lage des Vorstandes nicht herausgegeben ist, sei eine Verzögerung der Jugendpropaganda eingetreten. Der Blindenschachbund habe Schulen und Heime aufgefordert, sich mit den Blinden zwecks schachlicher Betätigung in Verbindung zu setzen. Herr Dr. Appel erklärt abschliessend, er sei durch einen Krankenhausaufenthalt an der weiteren Arbeit behindert worden und habe auch durch den Fall Linnmann ein klein wenig die Begeisterung verloren. Er bittet, weitere Fragen unter Punkt 11 zu behandeln.

Herr Ewald bemängelt als Jugendwart von Mittelrhein die Zusammenarbeit zwischen ihm und Bundesjugendwart. Er habe Anfrage bezüglich dreier im Entstehen begriffener Jugendlehrgänge und deren finanzieller

107

Unterstützung von Herrn Dr.Appel nicht beantwortet bekommen, ebenso wenig eine Anfrage über die in Braunschweig angekündigte Absicht, das kommende Jahr zu einem solchen des Jugendschachs zu machen. Er habe auch vergebens das Protokoll von Braunschweig erbeten.

Herr Dr.Appel erklärt seine Nichtbeantwortung mit seinem Krankenhausaufenthalt, womit sich Herr Ewald zufrieden gibt.

Herr Fritz glaubt, daß man Herrn Dr.Appel keinen Vorwurf machen könne. Aber vom Schatzmeister habe er keine Auskunft über eine Anfrage von Herrn Dr.Appel erhalten.

Herr Ahrens erinnert sich nicht, ein diesbezügliches Schreiben von Herrn Dr.Appel erhalten zu haben.

Herr Schneider erkundigt sich nach den Berichten des Frauenwartes und Meisterwartes. Frau Hecker will später sprechen, Herr Rellstab nur gegebenenfalls bei Fragen der Turnierordnung oder unter Punkt 11.

Herr Kabitz erinnert an den Bericht des "Innenministers".

Bericht über den Sportbund

Herr Schneider teilt mit, daß sich zur Zeit eine Entwicklung in dem Sinne abzeichne, Landesverbände des Sportbundes zu Anschlußverbänden zu degradieren. Diejenigen Verbände, die bereits Fachverbände seien, müßten sich bemühen, ihre Position zu halten. Das sei auf das Bestreben vieler anderer Sportarten zurückzuführen, ebenfalls Fachverbände zu werden. Man müsse bedenken, daß der Anteil der Schach-Fachverbände sehr gering sei; lediglich Bayern, Schleswig-Holstein und Weser-Ems seien Fachverbände, Berlin, Württemberg und Nordbaden wenigstens Anschlußverbände. In Bayern sei ihm Hilfestellung vom Landessportbund zugesagt worden. Es sei taktisch nicht klug, jetzt vom Schachbund aus Schritte zu unternehmen.

Herr Dr.Stüber bedauert, daß es Herrn Schneider nicht gelungen ist, den DSB zum echten Fachverband im Deutschen Sportbund zu machen. Infolgedessen sei zwecks Angleichung auch Berlin jetzt nur Anschlußverband. Allerdings habe er dennoch die gleichen Stimmen und den gleichen Toto-Zuschuß.

Herr Schneider erwähnt als Beispiele die Ablehnung des Motorsports, des Gesellschaftstanzes und der Sportfischer. Die Landessportverbände richteten sich nicht nach allgemeinen Beschlüssen des Sportbundes.

Herr Stock erinnert an einen Bundestag des Deutschen Sports in Düsseldorf, über den er in Höchst berichtet habe. Die Frage der Aufnahme von Verbänden sei einem Arbeitsausschuß von Prälat Wolkers überwiesen worden. Er habe damals eine Unterredung mit Prälat Wolkers über die Frage des Schachs gehabt, und dieser habe ihm in denkbarer Kürze eine Behandlung des Schach im Beirat und günstige Aussichten für das Schach angekündigt. Was Herr Schneider mitgeteilt habe, sei irgendwie ein Rückschritt. Man müsse natürlich berücksichtigen, daß die Landesverbände nach eigenem Ermessen über Totogelder verfügen. Es sei bisher nicht gelungen, für den Deutschen Schachbund Mittel im Ausgleichwege zu erhalten. Das liege wohl an einer gewissen Abneigung gegen das zentralistische System. - Herr Stock empfiehlt Herrn Schneider, sich einmal mit Prälat Wolkers in Verbindung zu setzen, der sehr aufgeschlossen für das Schachspiel sei ebenso wie Prof.Diem. Herr Stock ist ein wenig enttäuscht, will aber nach wie vor zur Verfügung stehen, um die Dinge zu fördern.

108

Herr Schneider erinnert Herrn Stock daran, daß er ihn in Höchst um Unterlagen gebeten habe. Er habe nicht feststellen können, wo ein diesbezügliches Gremium damals eine Sitzung haben würde. - Es sei auch ein gewisser Widerstand bei den Kultusministerien zu beobachten, die ein Bundeskultusministerium ablehnen. Sie befürchten, ihren Anteil an dem Toto zu verlieren. In Niedersachsen befürchte man, daß mit dem Schach auch die Schützenvereine in den Sportbund kommen.

Herr Stock stellt klar, daß er alle Akten über Schachbund und Sportbund lückenlos geschickt habe, nicht jedoch seine Privatkorrespondenz mit führenden Persönlichkeiten des Sports.

Herr Schneider hätte es gern gesehen, wenn er wenigstens die Namen derjenigen erfahren hätte, mit denen Herr Stock korrespondiert hat. - Herr Schneider fragt, ob die Sitzung jetzt zwecks Abendbrotpause unterbrochen werden soll.

Herr Werner will geklärt wissen, ob eine Zweidrittel-Mehrheit für eine Satzungsänderung vorliegt. Andernfalls brauche man garnicht über den Satzungsentwurf zu sprechen.

Herr Dr. Staudte weist darauf hin, daß die Satzungskommission in Höchst mit einem Änderungsentwurf beauftragt worden sei und der Punkt auf der Tagesordnung stehe. Dieser Punkt sei behandlungsreif, und dafür brauche man keine Zweidrittel-Mehrheit.

Herr Werner will ferner wissen, ob der alte oder der neue Satzungsentwurf zur Grundlage gemacht wird.

Herr Schneider läßt nach kurzer Debatte darüber abstimmen. - Es wird mit allen gegen drei Stimmen (Niedersachsen) bei einer Stimmenthaltung (Blindenschachbund) beschlossen, den neuen Satzungsentwurf zur Grundlage der Behandlung zu machen. - Herr Schneider unterbricht die Sitzung um 18.45 Uhr.

3. Antrag auf Ausschluß des Herrn Linnmann

Nach der Abendbrotpause am 19.3. um 20 Uhr sind alle Verbände vertreten mit Ausnahme der Pfalz (wie bisher), des Blindenschachbundes (dessen Vertreter nachmittags anwesend war und erst am nächsten Tage wiederkommen will) und von Niedersachsen (zunächst).

Herr Schneider: Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren: Nachdem Herr Seidel bezahlt hat, will er eine Stimme mehr haben mit seinen 3030 Mitgliedern. Ist alles einverstanden?

Nach kurzer Debatte ist alles einverstanden.

Herr Schneider: Hessen hat also 6 Stimmen. - Wir kommen zu Punkt 3 und 4.

Herr Abels beantragt, den Punkt 4 (Linnmann) vor Punkt 3 (Satzungen) zu behandeln. Am Sonntagmorgen wolle der Bürgermeister die Versammlung begrüßen, und es sei nicht wünschenswert, dann gerade über Linnmann zu verhandeln.

Herr Schneider fragt, ob jemand hierzu sprechen will.

Herr Seidel erkennt den Grund des Herrn Abels an, er hält es aber für möglich, daß Herr Linnmann noch erscheinen wird.

Herr Schneider: Ich habe Herrn Linnmann am 2. Februar per Einschreiben eingeladen und den Beschluß von Bad Ems mitgeteilt. Er könne sich zum Ausschlußantrag (Punkt 4) mündlich oder schriftlich äussern. (Zuruf:

109

Herr Linnmann ist in Düsseldorf gesehen worden). Ich wiederhole noch einmal den Antrag zur Tagesordnung: Punkt 3 wird 4 und Punkt 4 wird 3.

Die Änderung der Tagesordnung wird mit allen Stimmen gegen 6 Stimmen (Hessen) ohne Stimmenthaltung beschlossen.

Herr Schneider verliest den Beschluß des Vorstandes vom 31.10. in Bad Ems: "Auf dem Kongreß in Lindenfels wurde Herrn Linnmann ein scharfer Verweis ausgesprochen wegen der von ihm herausgegebenen Pamphlete. Nachdem Herr Linnmann nunmehr durch die Herausgabe des Schachkuriers unter Beweis gestellt hat, daß sich an seiner Haltung nichts geändert hat, und es außerdem keinem Zweifel unterliegt, daß durch den Schachkurier der DSB in seinem Ansehen schwer geschädigt ist, wird dem Hessischen Schachverband auferlegt, Herrn Karl Linnmann ab sofort zu suspendieren. Der Vorstand des DSB wird auf dem nächsten Bundeskongreß den Antrag auf Ausschluß des Herrn Linnmann über den Hessischen Schachverband stellen." - Am 8.2. hat Herr Schneider von Herrn Linnmann folgendes Schreiben erhalten, das er verliest:

" Karl Linnmann - Wiesbaden den 6. Februar 1955, Postfach 245 - An den Kongreß des Deutschen Schachbundes e.V. z.Hd.von Herrn L.Schneider, Vizepräsident, Nürnberg, Klausener Winkel 5.

Bezugnehmend auf den Brief des Herrn Vizepräsidenten des Deutschen Schachbundes e.V. vom 2. Februar 1955, in dem ich gebeten wurde, zu Punkt 4 der Tagesordnung des DSB-Kongresses am 19.-20. März 1955 in Köln persönlich oder schriftlich Stellung zu nehmen, erkläre ich folgendes:

Schon seit Jahren trage ich mich mit dem Gedanken, eine Zeitschrift herauszugeben, die einer aufbauenden Kritik am deutschen Schachleben die Feder leihen sollte. Daß die ersten Nummern eine scharfe Polemik gegen den früheren Turnierleiter Brinckmann enthalten mußten, bedauerte ich im Grunde selbst. Ich sah aber keine andere Möglichkeit, den verderblichen Einfluß des Herrn Brinckmann auf die Leitung des DSB und die Minderung des Ansehens des DSB in der Welt durch seine Person auszuschalten. Ich betone also, daß meine Veröffentlichungen ausschließlich gegen die Person des Herrn Brinckmann gerichtet waren. Es hat mir völlig ferne gelegen, Herrn Dähne oder die anderen Präsidialmitglieder zu beleidigen; allerdings glaubte ich sie auf ihre Verantwortung hinweisen zu müssen.

Die besondere Schärfe meiner letzten Veröffentlichung hatte den Grund, nachdem monatelang von Seiten des Präsidiums nichts geschehen war, Herrn Brinckmann zu einer Privatklage zu zwingen. Niemals aber hatte ich die Absicht, die Aufbauarbeit im DSB, die ich auch bei Herrn Dähne anerkannt habe, zu stören. Wenn manche Polemik vielleicht etwas überspitzt erscheint, so halten Sie dies bitte der Impulsivität des Journalisten zugute. Ich versichere Ihnen, daß meine künftigen Veröffentlichungen nur einer positiven Arbeit dienen werden. Wir brauchen ein Organ, das seine Spalten dem freien Meinungs-austausch zur Verfügung stellt. - Hochachtungsvoll gez. Karl Linnmann."

Herr Schneider verliest darauf seine Antwort:

"Deutscher Schachbund e.V. - Nürnberg, den 14. Februar 1955 - Herrn Karl Linnmann - Betr.: Ihr Schreiben vom 6.2.55. - Ich bestätige den Erhalt Ihres obigen Schreibens und möchte richtigstellen, daß ich Sie nicht "gebeten", sondern Ihnen lediglich anheimgestellt habe, persönlich oder schriftlich zu dem gegen Sie laufenden Ausschlußantrag Stellung zu nehmen.

110

Ich wiederhole nochmals, daß der Ausschlußantrag des Präsidiums gegen Sie unter Punkt 4 der Tagesordnung auf dem Kongreß behandelt wird. - Tagungsort: Brauhaus Sion, Köln, Unter Taschenmacher 5-7. - Hochachtungsvoll gez. Schneider, Vizepräsident als geschäftsführender Vorstand."

Vom Hessischen Verband hat Herr Schneider mit gleicher Post folgendes Schreiben erhalten, das er verliest:

"Hessischer Schachverband, Erweiterter Vorstand - Reichenbach/Odw. den 6.2.55. - An den Kongreß des Deutschen Schachbundes E.V., z.Hd. v.Herrn Ludwig Schneider, Vizepräsident - Der erweiterte Vorstand des Hessischen Schachverbandes erklärt hiermit, daß er an den Veröffentlichungen des Herrn Linnmann im "Schachkurier" nicht beteiligt war und daß er Veröffentlichungen in dieser Form auch nicht billigt.

Die Mitglieder des erweiterten Vorstandes kennen aber Herrn Linnmann seit vielen Jahren und wissen, daß diese Veröffentlichungen aus dem heißen Herzen eines Idealisten gekommen sind, der glaubte, damit dem deutschen Schach zu dienen. Sie haben von dem Brief des Herrn Linnmann an den Deutschen Schachbund vom 6. Februar 1955 Kenntnis genommen und halten ihn für geeignet, das gestörte Einvernehmen zwischen Herrn Linnmann und dem DSB wiederherzustellen.

Der erweiterte Vorstand des Hessischen Schachverbandes sieht daher keine Veranlassung, Herrn Linnmann vom Spielbetrieb zu suspendieren oder gar einen Verein zu veranlassen, ihn auszuschließen. Hochachtungsvoll gez. A.Seidel.

Herr Schneider verliest darauf seine Antwort an den Hessischen Verband:

"Deutscher Schachbund e.V. - Nürnberg, den 14. Febr. 55 - An den Hessischen Schachverband z.Hd. d.1. Vorsitzenden Herrn A.Seidel, Reichenbach i.Odw., Nibelungenstr. 124. - Betr. Ihr Schreiben vom 6.2.55 und Schreiben des Herrn Linnmann vom gleichen Tage -

"Sehr geehrter Herr Seidel!

Ich bestätige den Empfang der beiden obigen Schreiben und übersende Ihnen in der Anlage Durchschrift meines heutigen Schreibens an Herrn Linnmann.

Wenn ich heute schon zur Sache Linnmann Stellung nehme, so deshalb, weil ich erfahren habe, daß man in Ihrem Landesverband anscheinend glaubt, mit den beiden obenangeführten Schreiben die Angelegenheit Linnmann aus der Welt geschafft zu haben.

Als derzeitiger geschäftsführender Vorstand des DSB muss ich Ihnen mitteilen, daß die Erklärung des Herrn Linnmann dem DSB keineswegs genügen kann. Man lese die Nummern 1-3 des Schachkurier und vergleiche, welchen Raum die Ausführungen über die Person des Herrn Brinckmann zum übrigen Text einnimmt, dann fällt die Behauptung des Herrn Linnmann, daß seine Veröffentlichungen ausschließlich gegen die Person Brinckmann gerichtet seien, in sich zusammen. Allein die Karikatur in der Doppelnummer 2/3 ist eine Beleidigung für den DSB und damit für die dem DSB angehörenden Landesverbände.

Wenn Herr Linnmann in seinem Schreiben vom 6.2. erwähnen zu müssen glaubt: "Allerdings glaubte ich, sie (gemeint ist das Präsidium) auf ihre Verantwortung hinweisen zu müssen", so ist dies eine glatte Anmaßung. Der ehemalige Präsident Herr Dähne ist seinerzeit in Abwesenheit zum Präsidenten gewählt worden. Er hat

AAA

damals ausdrücklich erklärt, daß er die Wahl nur annehme, wenn er Herrn Brinckmann als seinen Sekretär beschäftigen könne. Der damalige Kongreß hat diese Bedingung des Herrn Dähne anerkannt und ihn einstimmig gewählt. Auf dem Kongreß in Berlin wurde Herr Brinckmann von den Landesverbänden ebenfalls einstimmig gewählt. Wie kommt ein Herr Linnmann dazu, in Verbindung mit Herrn Brinckmann auf die Verantwortung des Präsidiums hinweisen zu wollen, nachdem die Landesverbände der Forderung des Herrn Dähne zugestimmt und dann auch die Wahl Brinckmanns zum Turnierleiter des DSB einstimmig vorgenommen haben. Die Anwürfe des Herrn Linnmann gegen den DSB treffen also die Landesverbände, die dieses Präsidium gewählt haben, in gleicher Weise. Das Verhalten des Herrn Linnmann ist um so verwerflicher, als er mit seinem Schachkurier nur seine persönlichen Haßgefühle gegen Herrn Brinckmann abreagieren wollte, und das noch dazu in breitester Öffentlichkeit. Herr Linnmann hat das Ansehen des DSB und damit der Landesverbände in den Schmutz gezogen und es wäre mehr als billig, wenn er sich durch seine Erklärung vom 6.2. nun so einfach aus der Affäre ziehen könnte.

Leider sehe ich mich veranlaßt, auch zu dem mir mit Schreiben vom 6.2. zugegangenen Beschluß Ihres erweiterten Vorstandes Stellung zu nehmen. Zunächst hat das Präsidium mit seinem Beschluß vom 31.10.54 nicht verlangt, daß der Hessische Schachverband schon jetzt den Verein des Herrn Linnmann zum Ausschluß veranlassen soll. Es heißt hier lediglich, daß "dem Hessischen Schachverband auferlegt wird, Herrn Linnmann ab sofort zu suspendieren. Der Vorstand des DSB wird auf dem nächsten Bundeskongreß den Antrag auf Ausschluß des Herrn Linnmann über den Hessischen Schachverband stellen." Somit geht der Beschluß des Hessischen Schachverbandes vom 6.2. von falschen Voraussetzungen aus. Daß jedoch der Hessische Schachverband es abgelehnt hat, Herrn Linnmann zu suspendieren, ist ein trauriges Zeichen für dessen Bewertung des DSB. - Mit besten Schachgrüßen
Ihr (gez.) Schneider, Vizepräsident als geschäftsführender Vorstand.

Herr Schneider führt weiter aus, der seinerzeitige Beschluß des Präsidiums sei hervorgerufen auf Grund des Schachkurier Nr.1, 2 und 3. Er könne diejenigen Stellen verlesen, die sich - abgesehen von dem Fall Brinckmann - mit dem Präsidium und dem Deutschen Schachbund befassen. (Zurufe: Wird zu lang!). Herr Schneider bittet um Wortmeldungen.

Herr Kabitz (Niedersachsen) trifft ein.

Herr Seidel bittet, ausführlich sprechen zu dürfen. Auf dem Vorabend zu dem Kongreß von Lindenfels habe er sich nicht vorstellen können, daß ein Mitglied des Hessischen Verbandes wie Herr Linnmann ausgeschlossen werden dürfe. Er habe damals Herrn Dähne ein glattes "Nein!" gesagt und schließlich nur dem Kompromißvorschlag der Verwarnung zugestimmt. Später habe er mit Herrn Linnmann eine eingehende Unterredung geführt. Er habe ihm nicht einen Maulkorb umhängen wollen, aber verlangt, daß er die Kritik nach den Grundsätzen der Wahrheit, Güte und Nützlichkeit prüft. Es sei damals zu keiner unbedingten Einigung gekommen, aber Herr Seidel sei doch der Meinung gewesen, eine erträgliche Grundlage geschaffen zu haben. Durch die Herausgabe des Schachkuriers sei er überrascht worden. Auf dem Kongreß der süddeutschen Arbeitsgemeinschaft in Mannheim wie auch in Bad Ems habe er wiederholt, daß mit einem Ausschluß Linnmanns natürlich nichts zu erreichen sei. Herr Seidel habe keineswegs mit Herrn Linnmann über den Schachkurier korrespondiert oder ihm gar Material geliefert. Er stehe den Dingen völlig objektiv

112

gegenüber. Er habe auch nicht die Absicht zu untersuchen, was an den Behauptungen im Schachkurier richtig sei oder nicht. Auf dieses Glatt-eis wolle er sich nicht begeben. Es habe ja niemand gesagt, dieses oder jenes sei erstunken und erlogen. Es müsse ja dieses oder jenes wahr sein. Herr Seidel habe gegen niemand konspiriert. Mit dem Mittel des Ausschlusses werde jedenfalls nicht die Ruhe in den Deutschen Schachbund einziehen. Er habe die Suspendierung des Herrn Linnmann abgelehnt und sei also ungehorsam gewesen. Er habe eine Vorlesung darüber bekommen, daß man so etwas erst mit dem Gewissen prüfen müsse. Man müsse über die Dinge reden. Damals in Mannheim sei ja Herr Linnmann zugegen gewesen, und die Kommission habe fünf Stunden gebraucht, um zu einem einigermaßen brauchbaren Resultat zu kommen. Herr Linnmann sei damals nicht darüber erfreut gewesen. Auch der Präsident sei nicht berechtigt, ein Werturteil über einen Verband abzugeben. Das Urteil müsse die Hauptversammlung fällen. Er habe damals nicht über die Suspendierung abstimmen lassen, weil er in einen schweren Gewissenskonflikt gekommen wäre. Es wäre zu einer Zerreißung des Hessischen Schachverbandes gekommen, und er halte es nicht für den richtigen Weg, auszuschließen, solange noch nicht andere Möglichkeiten erschöpft sind. Wenn Herr Linnmann nach Widerstreben gesagt habe, jawohl, er wolle mitarbeiten, so sieht Herr Seidel darin ein Anzeichen für Wiederherstellung des Burgfriedens. Er bittet den Kongreß, diese Dinge glatt zu hobeln und ein neues Präsidium nicht damit zu belasten. - In die neue Satzung könne selbstverständlich bei Wiederholung von Fällen die Sicherung des Ausschlusses als letztes Mittel eingebaut werden. Aber dann müsse der Ausschluß verstanden werden. - Herr Linnmann sei in den Schachvereinen ein Begriff, er stelle Zeit zur Verfügung und auch wohl Geldmittel, er sei als Idealist anzusehen. Es hätten sich keine Stimmen gegen Linnmann erhoben. Man wolle nur Schach spielen. Aber bei einem Ausschluß werde man natürlich hellhörig werden. Man habe gesagt, man solle dem Kongreß einen Vorschlag machen, der als Verhandlungsbasis dienen könne. - Herr Seidel erklärt abschließend, daß er sich gegen den Ausschluß eines Mitgliedes so lange zur Wehr setzen werde, wie es möglich sei. Man solle den Beschluß des Ausschlusses oder der Suspendierung aufheben und den Fall wieder geradebiegen. So werde man zum Burgfrieden kommen.

Herr Dr. Deppe erklärt, daß er gegen den Ausschluß stimmen werde, obwohl der Fall hart an der Grenze liege. Sein Verband wolle genau so wie Hessen Rücksicht nehmen auf die Folgen, die möglicherweise eintreten. Er sei der Meinung, daß nichts durch den Ausschluß gebessert werde. Er sei nicht grundsätzlich gegen jeden Ausschluß, wohl aber gegen den Ausschluß heute.

Herr Czaya fragt, ob sowohl Herr Seidel als auch Herr Dr. Deppe Mitglieder des Ehrenrates seien. (Antwort: Herr Seidel nicht!)

Herr Kabitz hält es für ein trauriges Zeichen, daß die Angelegenheit Linnmann nach Lindenfels schon wieder einen Kongreß beschäftigt. In Berlin seien sich alle Delegierten darüber einig gewesen, daß sämtliche früheren Angelegenheiten - der Fall Brinckmann usw. - erledigt sein sollten. Herr Brinckmann sei einstimmig gewählt worden, auch von Hessen, und der Kongreß habe ausdrücklich Herrn Brinckmann das seinerzeit von ihm freiwillig gegebene Ehrenwort, kein Amt zu übernehmen, zurückgegeben. Nun komme ein Herr Linnmann, Mitglied eines hessischen Schachvereins, und weil er "Idealist" sei, wende er sich gegen den Schachkongre, gegen sämtliche Verbände und trete mit einer Zeitschrift an die Öffentlichkeit, die das deutsche Schach schädige. Nach jedem Vereinsstatut werde ausgeschlossen, wer seine Beiträge nicht zahle. Niedersachsen habe das ja auch zu spüren bekommen, und das mit Recht. Aber

wenn Vorstandsmitglieder in infamer Weise angegriffen werden, dann solle der DSB sagen: pater peccavi?! Wir seien doch keine Hampelmänner. - Herr Linnmann stehe ja nicht allein, es steckten noch andere Geldgeber dahinter, die Interesse daran hätten, im Deutschen Schach Unfrieden zu stiften. Es gebe für die Delegierten nur eines: Die Antwort von Herrn Schneider hundertprozentig zu honorieren.

Herr Schulz wendet sich gegen die Bemerkung des Herrn Seidel, es habe kein Verband eine Mitteilung gemacht, daß die Behauptungen des Herrn Linnmann nicht stimmen. Er, Herr Schulz, habe Herrn Seidel über einen Vorgang betreffs Herrn Dähne aufgeklärt. Die Erklärung des Herrn Dr. Deppe in Bielefeld - wir seien Demokraten und hätten uns die Kritik des Herrn Linnmann gefallen zu lassen - habe im ganzen Bundesgebiet Empörung hervorgerufen. Das sei keine Kritik, sondern Herr Linnmann habe seinen Gefühlen freien Lauf gelassen. Es werde in Schleswig-Holstein bezweifelt, daß Herr Dr. Deppe die Meinung seiner 8000 Mitglieder vertritt. Bei einer Volksabstimmung würde er ein blaues Wunder erleben. Wenn ein einzelner Vorsitzender solche Kabinettskrisen hervorrufen könne, sei es eine Frage, ob man noch im DSB bleiben könne. Man treibe so den Schachbund auseinander. Das sei in der Angelegenheit Linnemann die einhellige Meinung.

Herr Dr. Deppe erwidert, er wolle auch jetzt nicht in Einzelheiten gehen. Er weise es zurück, daß man sich in Angelegenheiten anderer Verbände mischt.

Herr Dr. Rasquin glaubt, daß die Herren Kabitz und Schulz den Finger an die Wunde gelegt haben. Es gehe darum, daß manche Leute nichts anderes könnten als Porzellan zu zerschlagen. In Lindenfels hätten alle Delegierten die Veröffentlichungen des Herrn Linnmann mißbilligt. Herr Linnmann hätte dann doch alle Veranlassung gehabt, für einige Zeit sehr leise zu treten. Herr Seidel habe gesagt, Herr Linnmann sei ein Schachidealist. In Herrn Dr. Rasquins Augen sei er aber ein Schachpsychopath. In solchen Fällen gebe es nur eines: den Ausschluß. Man werde sonst immer wieder Schwierigkeiten mit Herrn Linnmann haben.

Herr Reinbold erinnert an den Fall Diemer. Herr Linnmann habe in Nr. 1 des Schachkurier behauptet, Herr Diemer sei geopfert worden, weil einige Machthaber gedroht hätten. Das badische Ehrengericht, dem außer Herrn Reinbold auch der Amtsgerichtsrat Wolf, Diemers Vertrauensmann, angehört habe, habe alles sachlich geprüft. Baden sei daran interessiert, daß der Fall Linnmann so behandelt wird wie man den Fall Diemer behandelt hat.

Herr Schwarzlmüller wirft Herrn Dr. Deppe vor, daß er mit seiner Erklärung ohne jede Begründung, gegen den Ausschluß Linnmanns stimmen zu wollen, eine gewisse Wahlbeeinflussung ausübe. Man müsse doch erst einmal die Diskussion abwarten.

Herr Schneider hält dem entgegen, daß jeder seine Meinung begründen könne, wie er wolle oder auch garnicht. Es könne jemand ja mit gebundener Richtlinie gekommen sein.

Herr Stock weist darauf hin, daß er die einzelnen Nummern des Schachkurier von dem Vorsitzenden des badischen Schachverbandes erhalten habe mit der Bemerkung: Ein Pamphlet, ein neues Pamphlet, noch ein Pamphlet. Herr Linnmann sei nicht ein Idealist, sondern ein Pamphletist. Als solcher sei er bereits seit Augsburg 1948 bekannt. Herr Stock ist erstaunt darüber, daß Herr Seidel vorschlägt, der Kongreß solle die Angelegenheit ausbügeln. Es sei doch so, daß nicht der Kongreß, sondern Herr Linnmann etwas getan habe, was auszubügeln ist. Herr Seidel habe gesagt, es sei keiner gekommen, der gesagt hat, es sei erstunken und er-

M4

logen. Vielleicht sei eine halbe Wahrheit unter dem Material enthalten. Aber eine Angelegenheit in Schachkurier Nr.1 sei nach Kenntnis von Herrn Stock erstunken und erlogen. Herr Linnmann habe geschrieben: "Nachdem Jahre lang der Deutsche Schachbund hintertrieben hat, daß Wagner zum Internationalen Meister ernannt wird, ist er dem internationalen Druck erlegen." - In Venedig habe der DSB gesagt, daß kein Antrag für Wagner gestellt worden sei, weil Wagner in den Nachkriegsjahren dem Deutschen Schach schweren Schaden zugefügt habe. Später, in Stockholm, habe Opocensky sich zum Sprecher für Wagner aufgeworfen. Herr Stock habe daraufhin in Gegenwart von Opocensky den russischen Vizepräsidenten Ragosin gefragt, wie dieser sich verhalten würde, wenn der Tscheche Opocensky einen sowjetrussischen Spieler vorschlagen würde. Herr Ragosin habe Herrn Stock recht gegeben, das als eine unzulässige Einmischung zu betrachten. Auf einer Präsidialsitzung in Hamburg 1953 aber, kurz vor dem FIDE-Kongreß in Schaffhausen, habe Herr Stock von sich aus vorgeschlagen, für Herrn Wagner den Titel zu beantragen als Auszeichnung für seine spielerischen Qualitäten ohne Ansehen der Person. Der deutsche Standpunkt war ja gegenüber der FIDE gewahrt worden; jetzt habe Deutschland selber den Antrag gestellt. So kam der deutsche Antrag auf Grund eines eigenen Entschlusses zustande. Es sei eine Perfidie von Herrn Linnmann, die Dinge in dieser Art auf den Kopf zu stellen. - Herr Linnmann habe seine Kritik niemals vor dem Gremium geübt, dem sie galt, er habe immer den Weg des Pamphlets gewählt, des Schiessens aus dem Hinterhalt. Was müsse ein Schachfreund eigentlich im Deutschen Schachbund verbrechen, damit er ausgeschlossen wird? Herr Stock ist davon überzeugt, daß kein Mann, der etwas auf sich hält, noch Wert darauf legen werde, dem DSB anzugehören, wenn nichts geschieht. Er sehe dann nachtschwarz für das Ansehen des Deutschen Schachbundes.

Herr Reetz betont, daß die Vertreter von Nordrhein-Westfalen die Schreiberleien des Herrn Linnmann ebenso verwerfen wie die übrigen Redner. Er könne jedoch nicht verstehen, daß wegen der Angriffe eines einzelnen Mannes das Präsidium schon den Beschluß des Ausschlusses festlegen wollte, bevor der Kongreß gefragt worden ist. Es hätte nicht im voraus ein Zwang ausgeübt werden dürfen. Die Person des Herrn Linnmann sei nicht massgebend. Herr Reetz selber sei schon 1931 mit neuen Leuten aus einem Verein ausgetreten, weil Herr Linnmann als dessen Vorsitzender Angriffe gegen ihn gerichtet habe. Wenn das Präsidium zurücktritt, nur weil man den Ausschluß nicht vorher festlegen will, so entspreche das nicht den demokratischen Spielregeln.

Herr Schneider stellt richtig, daß das Präsidium lediglich die Suspendierung des Herrn Linnmann beschlossen, seinen Ausschluß aber auf dem Kongreß nur beantragt habe.

Herr Reetz gibt zu, daß er das falsch gehört haben müsse. Er habe sich nur gegen die vorherige Festlegung gewehrt.

Herr Dr. Deppe unterstreicht noch einmal - schon im Hinblick auf die Bemerkung von Herrn Schwarzlmüller - daß der Kongreß zu entscheiden habe. Auch Herr Schneider habe seinerzeit in Bielefeld gesagt, daß keinem Verband verwehrt werden dürfe, anderer Meinung zu sein. In der Präsidialsitzung sei er, Herr Dr. Deppe, ziemlich erschöpft angekommen, er sei dort gefragt worden, und darauf habe er natürlich sagen müssen, was der Beirat von Nordrhein-Westfalen beschlossen habe.

Herr Dähne weist darauf hin, daß er sich bisher zu der ganzen Angelegenheit nicht geäußert habe. Die Bemerkung des Herrn Reetz veranlasse ihn jedoch zu der Klarstellung, daß er immer sich einer sachlichen Kritik gestellt habe. Er sei gerade deshalb zurückgetreten, weil er

115

keinen Druck auf Nordrhein-Westfalen habe ausüben wollen. - Es habe den Männern, die im Präsidium des DSB und auch der ADS gewesen waren, schwere Mühe gekostet, dem deutschen Schach im Ausland wieder Geltung zu verschaffen. Herr Dähne sei überzeugt davon, daß Herr Linnmann nicht einmal in Deutschland haltgemacht habe, man müsse das später noch einmal nachprüfen. Wenn er jetzt ausgeschlossen wird, werde vielleicht auch keine Ruhe eintreten, wie Herr Seidel gesagt habe. Aber es sei dann eines klargestellt: man dulde keine Vögel, die das eigene Nest beschmutzen. Der Vorstand sei doch der Vertreter der Verbände. Diese müßten wie ein Mann aufstehen bei einer solchen Beschimpfung.

Herr Schneider berichtet darüber, daß Herr Linnmann nicht in der Bundesrepublik haltgemacht habe. Wie er von Bekannten wisse, seien die Schreibereien auch in der Ostzone bekannt.

Herr Stock erwähnt die von Herrn Linnmann verbreitete Notiz in den Baseler Nachrichten, wonach deutsche Schachspieler in die Schweiz reisen und Gelegenheit haben, eine demokratische Organisation kennen zu lernen.

Herr Babel erklärt, daß er sich mit Herrn Wagner verbunden fühle. Herr Stock habe Wagner in Verbindung mit Opocensky gebracht, und dadurch entstehe ein falsches Bild.

Herr Kabitz weist zur Geschäftsordnung darauf hin, daß hier nicht der Fall Wagner, sondern der Fall Linnmann zur Debatte stehe.

Herr Babel bittet noch um einige Sätze. Er habe sich um Wagners Anerkennung als internationaler Meister gekümmert und den holländischen Schachbund um einen solchen Schritt gebeten. Herr Römmig sei scharfen Angriffen ausgesetzt gewesen, weil er 1949 in Paris beim FIDE-Kongreß war. Wenn Herr Stock jetzt sage, die Erreichung der Anerkennung Deutschlands sei auf den von ihm besuchten Kongressen schwer gewesen, so müsse das vorher in Paris für Herrn Römmig noch schwerer gewesen sein. - Man solle frühere bedeutende Spieler nicht politisch belasten.

Herr Jensch kommt noch einmal auf die Notiz in den Baseler Nachrichten zu sprechen. Linnmann habe das Ansehen des DSB entscheidend geschädigt und die Arbeit des Präsidiums gestört. Man sage, daß der Angegriffene sich bei persönlichen Beleidigungen an das ordentliche Gericht wenden könne. Es gebe aber Organisatoren, die sich auf die Mißhelligkeiten einer Prozeßführung nicht einlassen könnten. So sei eine sachliche Arbeit des Präsidiums nicht möglich, und deshalb sei er, Herr Jensch, in Bad Ems zurückgetreten.

Herr Stock stellt gegenüber den Ausführungen von Herrn Babel klar, daß er den Fall Wagner nur erwähnt habe, weil die Bemerkung des Herrn Linnmann erstunken und erlogen sei. Auf keinen Fall habe er Herrn Wagner angreifen wollen.

Herr Czaya sagt, er gehöre in zweierlei Hinsicht dem erweiterten Vorstand an, als Vorsitzender des Ehrenrats und als Ehrenmitglied des DSB. Die Angelegenheit Linnmann sei nicht im Ehrenrat, sondern gleich in höchster Instanz vor dem Kongreß behandelt worden. Er habe hier sehr unterschiedliche Meinungen gehört. Überwiegend sei man der Meinung, daß es sich um grobe Beleidigungen und einen Fall handle, der nur mit dem Ausschluß erledigt werden kann. Andere hätten aber teils wegen der Person des Herrn Linnmann, teils trotz Ablehnung der Person Linnmann sich gegen den Ausschluß ausgesprochen, weil das Präsidium nicht den richtigen Weg eingeschlagen habe. Herrn Czaya erscheinen die Unterlagen so vollständig und eindeutig, daß man eine einheitliche Stellungnahme finden könne. Wenn das nicht geschehe, wolle er nicht mehr Vorsitzender

MB

des Ehrenrates bleiben, weil er dann dessen Belange nicht mehr wahrnehmen könne. Als Ehrenmitglied, zu dem man ihn, Herrn Czaya, wegen des Wiederaufbaus des DSB ernannt habe, erfülle ihn die Entwicklung des deutschen Schachs mit Sorge. Eine Gemeinschaft habe einen Sprung erhalten, der unheilbar zu werden drohe. Es könne eine Spaltung eintreten, indem solche Verbände eine neue Organisation aufbauen, bei der die Ehre gewahrt werde, und diese würden warten müssen, bis später die anderen Verbände beitreten.

Herr Werner stellt zunächst klar, daß er an einem Beschluß des hessischen Verbandes nicht mitgewirkt habe, weil er abwesend gewesen sei. Er sei für den Ausschluß des Herrn Linnmann. - Herrn Czaya gegenüber aber vertritt Herr Werner den Standpunkt, daß man solche Erklärungen als Vorsitzender des Ehrenrates nicht vor der Abstimmung abgeben dürfe, man müsse die Abstimmung abwarten und danach vielleicht zurücktreten. Das gelte auch von dem Rücktritt des Präsidiums in Bielefeld anläßlich der Erklärung von Nordrhein-Westfalen. Viele Leute glaubten nämlich daraufhin, daß etwas falsch sein müsse. Das Präsidium habe nach der Meinung von Herrn Werner mit diesem Rücktritt keinen Dienst geleistet.

Herr Czaya hält sich für mißverstanden; er habe einen einheitlichen Beschluß herbeiführen wollen. Er erklärt, daß er die Belehrung zur Kenntnis nimmt und sofort als Vorsitzender des Ehrenrates zurücktritt.

Herr Kabitz erinnert daran, daß man in Lindenfels die Herren Klüver und Diemer ausgeschlossen und entschieden habe, Herrn Linnmann ebenfalls auszuschließen, wenn noch etwas passiert. Das müsse man doch nun durchführen.

Herr Abels beantragt Schluß der Debatte.

Herr Schneider fragt, ob noch jemand dafür oder dagegen sprechen wolle. (Man verzichtet.) - Es wird einstimmig Schluß der Debatte beschlossen. - Herr Schneider schlägt namentliche Abstimmung vor.

Herr Abels wünscht geheime Abstimmung.

Herr Flach meint, der weitergehende Antrag sei die offene Abstimmung.

Herr Dr. Rasquin weist auf die Satzung hin, wonach die Abstimmung auf Antrag eines stimmberechtigten Vertreters geheim erfolgen müsse. Das sei bindend.

Herr Fohl bittet Herrn Abels, den Antrag auf geheime Abstimmung zurückzuziehen. Jeder müsse in dieser Angelegenheit offen und ehrlich Farbe bekennen.

Herr Abels bittet um eine Pause von fünf Minuten.

Herr Schneider unterbricht die Sitzung auf fünf Minuten.

Herr Abels erklärt, daß Mittelrhein seinen Antrag auf geheime Abstimmung zurückzieht. - Sein Verband verwahre sich jedoch gegen derartige Methoden, durch die die Rechte aus der Satzung gefährdet seien.

Herr Stock fragt Herrn Abels, ob die Preisgabe der geheimen Abstimmung in diesem Fall freiwillig oder auf Druck erfolgt sei.

Herr Abels: Nein! Nicht auf Druck.

Herr Schneider läßt jetzt darüber namentlich abstimmen, ob Herr Linnmann aus dem Deutschen Schachbund ausgeschlossen werden soll.

Für den Ausschluß stimmen Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin, Weser-Ems, Mittelrhein, Baden, Württemberg, Bayern. - Dagegen stimmt Hessen. -

MFE

Nordrhein-Westfalen enthält sich der Stimme. - Es sind also 45 Stimmen für den Ausschluß von Herrn Linnmann, 6 dagegen, 15 Stimmenthaltungen.

Herr Schneider: Damit ist der Ausschluß des Herrn Linnmann vom Kongreß als höchstem Gremium beschlossen. Punkt 3, ursprünglich Punkt 4, ist damit erledigt.

4. Satzungsänderungen

Herr Werner berichtet über die Vorarbeiten des Entwurfs zusammen mit Herrn Ahrens und Herrn Flach. Am 20.10.55 sei der Entwurf dem Präsidium eingereicht und dann an die Landesverbände versandt. Kein Verband könne sagen, daß er ihn nicht kennt. Es sollten jetzt nur die schriftlich eingereichten Anträge der Verbände berücksichtigt werden, alles andere in späterer Zukunft.

Herr Schneider begrüßt diese Regelung und stellt fest, daß alle damit einverstanden sind. - Hinsichtlich § 2 habe Bayern beantragt, daß die Gemeinnützigkeit verankert wird.

Herr Abels kennt die hierfür vorgeschriebene Definition und will sie morgen mitbringen.

Herr Schneider stellt den § 2 zurück. - Zu § 3,1 beantrage Nordrhein-Westfalen einen Zusatz: "Änderungen der Landesverbandsgrenzen erfolgen nur im Einvernehmen mit den Verbänden. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Deutsche Schachbund."

Herr Dähne: Besser: "mit den beteiligten Landesverbänden."

Herr Abels wendet sich gegen diese Regelung, sie widerspreche dem Grundgesetz. Jeder könne gehen, wohin er wolle. Es bestehe Koalitionsfreiheit für Verbände und Personen.

Herr Dr. Deppe erinnert daran, daß sich schon einmal ein Unterverband habe selbständig machen wollen. Da müsse der DSB Schiedsrichter sein.

Herr Werner hält es für ausreichend, wenn bei der Neuaufnahme eines Verbandes der Bundeskongreß ein Einspruchsrecht behält.

Ein Vertreter von Mittelrhein befürchtet, daß Mittelrhein gegen seinen Willen in Nordrhein-Westfalen eingegliedert werden könne.

Herr Dr. Deppe betont, daß Nordrhein-Westfalen nicht beabsichtige, Köln oder Mittelrhein einzugliedern. Der Paragraph sei vor allem gegen Vereine oder Bezirke als Bremse gedacht, die austreten wollen.

Nach längerer Debatte regt Herr Dähne an, in Streitfällen ein "freundschaftliches Schiedsgericht" zu bilden, wobei jede Partei einen Vertreter wählt und diese beiden einen Obmann.

Herr Schneider formuliert folgende Fassung im Anschluß an § 3,1 im Entwurf: "Änderungen der Landesverbandsgrenzen erfolgen nur im Einvernehmen mit den beteiligten Landesverbänden. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet ein freundschaftliches Schiedsgericht." - Diese Fassung wird mit allen gegen 4 Stimmen (Mittelrhein) angenommen. - Herr Schneider stellt Zweidrittelmehrheit fest.

Herr Schneider erwähnt einen Antrag von Nordrhein-Westfalen zu § 6,1.

Herr Dr. Deppe erklärt, sein Verband habe inzwischen seine Meinung geändert. Man könne dem Vorstand ein Ausschlußrecht zugestehen, aber nur mit Zweidrittelmehrheit.

118

Herr Jensch gibt zu bedenken, daß ein Vorstand vielleicht nicht immer so qualifiziert sei, um einen Ausschluß auszusprechen.

Herr Czaya fragt, ob auch ein von der Hauptversammlung ernanntes Ehrenmitglied ausgeschlossen werden könne.

Herr Dr. Rasquin glaubt, daß Ehrenmitglieder und Vorstandsmitglieder, die gegen die Satzung verstossen, ebenfalls ausgeschlossen werden können. Sie könnten sich ja dann noch an den Kongreß wenden.

Herr Munz begrüßt die Ermächtigung des Vorstandes und die Beschränkung auf Zweidrittel-Mehrheit.

Herr Dr. Deppe kann sich unter "Unterlassungen" in § 6,1 nichts vorstellen, und Herr Fohl empfiehlt, dann auch "Handlungen" zu streichen.

Herr Schneider läßt abstimmen über § 6, 1-4 mit Einfügung von "Zweidrittelmehrheit" und Streichung von "Handlungen und Unterlassungen". - Der Paragraph wird gegen die Stimmen von Hessen angenommen.

Herr Schwarzmüller bittet, in § 9,3 festzulegen, daß entweder die Zahlen vom 1.5. gelten oder die von 14 Tage vor dem Kongreß, jedenfalls einen bestimmten Termin.

Herr Schneider wendet ein, daß die Hälfte der Verbände nicht in der Lage ist, schon im März zu melden.

Herr Bromberg will die Stimmen grundsätzlich aus den gezahlten Beiträgen im abgelaufenen Geschäftsjahr errechnet wissen.

Herr Dr. Rasquin befürwortet ein späteres Datum als März, wohl aber ein bestimmtes Datum, das verbindlich ist.

Herr Schneider glaubt, daß der 1.5. der günstigste Termin ist.

Herr Dr. Stüber hält dem entgegen, daß unmittelbar vor dem Kongreß mehr Mitgliederermeldungen eingehen werden.

Herr Ahrens stellt klar, daß die an dem Stichtag gemeldeten Zahlen maßgebend sind für die Stimmen auf dem nächsten Kongreß.

Nach längerer Debatte hält die Mehrzahl der Redner, den im Entwurf vorgesehenen Termin des 1.5. für den besten.

Herr Schneider läßt abstimmen über den § 9,3 in der Fassung des Entwurfs. Er wird ohne Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung (Berlin) angenommen.

Unterbrechung der Sitzung und Fortsetzung am Sonntagmorgen

Herr Schneider eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr und stellt fest, daß nicht anwesend sind Berlin, Niedersachsen und Pfalz, also 62 Stimmen vorhanden.

Herr Abels gibt zu § 2,1 die Fassung einer Mustersatzung bekannt: "Der Bund verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke".

Herr Rellstab verliest eine in Bielefeld ausgearbeitete Fassung des ersten Satzes von § 2,1: "Der Bund erblickt seine Aufgabe in der Pflege und Förderung des Schachspiels als einer sportlichen Disziplin, die in besonderem Maße geeignet ist, der geistigen und charakterlichen Erziehung zu dienen.

Herr Schneider läßt über den § 2, Absatz 1 mit den vorgeschlagenen Abänderungen und Zusätzen abstimmen. - Er wird einstimmig angenommen.

Herr Schneider begründet sodann den Antrag des Bayerischen Schachbundes zu § 12, Absatz 3, alle Vorstandsmitglieder nur auf die Dauer eines Jahres wählen zu lassen. Wenn beispielsweise der Präsident erkennt,

119

daß er sich die Sache zu leicht vorgestellt hat und daraufhin zurücktritt, so sei damit ein bitterer Beigeschmack verbunden. Ein gutes Präsidium werde natürlich ohne weiteres wiedergewählt.

Herr Bromberg befürchtet, daß ja auch dann ein ungeeignetes Vorstandsmitglied die Sache ein Jahr lang weiterlaufen lassen wird.

Herr Czaya hält es für richtig, wertvolle Kräfte zu ermutigen und ihnen auf längere Zeit Vertrauen zu schenken.

Herr Ahrens weist darauf hin, daß manche Ämter überhaupt erst nach einjähriger Einarbeitung Früchte tragen.

Herr Stock unterstreicht und ergänzt die Ausführungen der Vorredner, indem er auf den Umfang und die Verantwortung der Präsidialarbeit hinweist.

Herr Dähne gibt auch noch zu bedenken, daß die Zusammenarbeit mit dem Ausland eine gewisse Stetigkeit verlange. Neue Leute würden in der FIDE zunächst immer erst mit Vorbehalt aufgenommen.

Herr Schneider stellt fest, daß Berlin jetzt vertreten ist, insgesamt also 64 Stimmen da sind. - Er fragt, wer für die Änderung von § 12,3 im Sinne einjähriger Amtsdauer ist. - Nur Bayern und Württemberg sind dafür. - Herr Schneider erklärt den Antrag als abgelehnt.

Herr Dähne bittet um eine kleine Abänderung der Aufteilung bei der alljährlichen Zuwahl. In den ungeraden Jahren sollten gewählt werden Präsident, Zweiter Vizepräsident, Turnierleiter und Schriftführer; in den geraden Jahren Erster Vizepräsident, Schatzmeister, Pressewart und Jugendwart. - Nach kurzer Debatte wird dieser Vorschlag allgemein gebilligt.

Herr Munz empfiehlt, den letzten Satz von § 12,4 zu streichen (Zustimmung).

Herr Schneider stellt fest, daß jetzt auch Niedersachsen anwesend ist, also wieder 67 Stimmen. - Er läßt über die Abänderungen von § 12,3 und 4 abstimmen. - Sie werden angenommen ohne Gegenstimmen bei Stimmenthaltung von Niedersachsen.

Herr Schneider macht darauf aufmerksam, daß ja zu § 12,3 auch der Antrag gehört, den Frauenwart in den engeren Vorstand zu nehmen. Er bittet, trotz des Versäumnisses diesen Punkt noch zu behandeln.

Frau Hecker begründet den Antrag damit, daß durch die Aufnahme des Frauenwartes in den Vorstand eine Rückenstärkung für das bisher so wenig vorwärts gekommene Frauenschach entstehen würde.

Herr Ahrens ist aus finanziellen Gründen gegen eine weitere Vergrößerung des engeren Vorstandes; es genüge der Frauenwart im Beirat.

Herr Werner hält das Frauenschach nicht für so wichtig, daß es im engeren Vorstand vertreten sein müsse. Aber er ist dafür, daß mindestens einmal im Jahre der erweiterte Vorstand zu einer Sitzung zusammentritt. - Er bittet, das Wort "Beirat", das im neuen Satzungsentwurf nicht mehr enthalten ist, durch "erweiterten Vorstand zu ersetzen.

Herr Schneider gibt den Vorrednern recht, bittet aber zu bedenken, daß der Frauenwart ein Niemandsland vorfinde. Es sei anzuerkennen, daß Frau Hecker mit großem Idealismus und mit Energie an die Sache herangehe.

Die nächsten Redner (die Herren Stock, Munz und Reinbold) sprechen gegen den Antrag. Herr Stock unterstützt die Anregung von Herrn Werner, den erweiterten Vorstand mindestens einmal im Jahr einzuberufen und dieses in der Satzung zu verankern.

1214

Frau Hecker schlägt als Kompromiß vor, daß der Frauenwart hin und wieder zu Vorstandssitzungen eingeladen wird. - Herr Dähne und Herr Dr. Deppe empfehlen, diesen Voranschlag als Anregung im Protokoll aufzunehmen. - Man ist damit einverstanden, daß der Frauenwart nach Ermessen des Präsidenten zu Vorstandssitzungen eingeladen wird, wenn Frauenfragen dort behandelt werden sollen.

Herr Dr. Appel weist auf die häufigen Fragen seitens des Bundesjugendringes und anderer Behörden hin, was man für die männliche und für die weibliche Jugend tue. Es sei deshalb doch zu erwägen, den Frauenwart in den Vorstand zu nehmen.

Herr Stock glaubt, daß bei der weiblichen Jugend der Jugendwart zuständig ist, bei den Frauen der Frauenwart. Es müsse mit der protokollarischen Empfehlung der gelegentlichen Heranziehung des Frauenwartes zu Vorstandssitzungen genügen.

Herr Schneider läßt über den Antrag betreffs Frauenwart im engeren Vorstand als ständiges Mitglied abstimmen. - Er wird mit allen Stimmen gegen die von Bremen abgelehnt. - Herr Schneider fährt fort, in § 13,6 müsse hinter die Worte "...nach Bedarf ein" eingefügt werden: "jedoch mindestens einmal im Jahre".

Herr Bromberg schlägt vor, noch hinzuzufügen "Letztmalig vor dem Kongreß".

Herr Munz glaubt, daß es unmittelbar vor dem Kongreß wenig Sinn habe. - Es entsteht darüber eine längere Aussprache. Herr Dr. Stüber ist für den Vorschlag Bromberg, die meisten dagegen.

Herr Remus erinnert an den Antrag von Mittelrhein, daß Abstimmungen auch auf schriftlichem Wege erfolgen können, um Zeit und Kosten zu sparen. - Man ist damit einverstanden, wünscht aber keine Begründung in der Satzung.

Herr Schneider läßt über den § 13,6 in folgender Formulierung abstimmen: "Der Präsident beruft den erweiterten Vorstand nach Bedarf ein, jedoch mindestens einmal im Jahre und dann, wenn es mindestens 4 Mitglieder unter Angaben von Gründen verlangen. Darüber hinaus ist Abstimmung im schriftlichen Wege zulässig." - Dieser Abschnitt wird einstimmig angenommen.

Herr Dr. Deppe beantragt, daß die in § 12,1 unter d genannten Vertreter der Landesverbände von den Landesverbänden selber ernannt, vom Kongreß also nur die Landesverbände gewählt werden, nicht aber die Vertreter.

Herr Seidel hält dem entgegen, daß Persönlichkeiten gewählt werden sollten. Es gehe nicht an zu sagen, dieser oder jener habe das Vertrauen nicht mehr und werde vom Landesverband zurückgezogen.

Es entsteht hierüber eine längere Debatte. Herr Remus spricht im Sinne von Herrn Seidel; es sei ja keine reine Interessenvertretung. - Herr Dr. Deppe hält es aber für wichtig, daß der Vorstand die Meinungen der Landesverbände selber erfährt. - Herr Dr. Rasquin erinnert daran, daß der frühere Beirat immer in erster Linie aus unabhängigen Persönlichkeiten bestanden habe. Wenn sie nicht mehr das Vertrauen der Verbände hätten, würden sie ja meistens selber zurücktreten. - Herr Dr. Stüber erinnert an einen in Berlin vorgekommenen Fall, wo ein Vertreter des Beirates in Berlin restlos das Vertrauen verloren hatte und dennoch lange im Beirat verblieb. -

Herr Schneider läßt über den Antrag von Nordrhein-Westfalen abstimmen, daß die Vertreter im erweiterten Vorstand von den Landesverbänden bestimmt werden. Dagegen sind 18 Stimmen (Hessen, Niedersachsen,

121

Blindenschachbund, Mittelrhein, Weser-Ems und Schleswig-Holstein), keine Stimmenthaltung. Herr Schneider stellt fest, daß der Antrag Dr. Deppe mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist. - Herr Schneider erwähnt einen weiteren Antrag, daß daneben zwei unabhängige Persönlichkeiten vom Kongreß in den erweiterten Vorstand gewählt werden.

Herr Flach befürchtet, daß der erweiterte Vorstand mit 18 Personen dann zu groß wird.

Herr Czaya erinnert daran, daß die Mitglieder des früheren Beirates nicht nur die Belange der Verbände, sondern auch die Belange des engeren Vorstandes wahrgenommen haben. Jetzt wolle man die Möglichkeit wegnehmen, überhaupt noch unabhängige Persönlichkeiten im erweiterten Vorstand zu haben.

Herr Dr. Deppe begrüßt den Gedanken, zwei Persönlichkeiten neben den Verbandsvertretern unmittelbar vom Kongreß wählen zu lassen.

Herr Werner beanstandet in der Satzung die Verwendung der Wörter "unabhängig" und "Persönlichkeiten". Er empfiehlt "zwei Mitglieder".

Herr Mertens schlägt vor "...und zwei direkt vom Kongreß zu wählende Personen".

Herr Schneider läßt darüber abstimmen, ob 6 Verbandsvertreter und zwei Personen oder vier Verbandsvertreter und zwei Personen im erweiterten Vorstand sein sollen. - Herr Dr. Deppe ist für 6+2, alle übrigen für 4+2.

Herr Schneider formuliert: In § 13,1 soll hinter d) stehen "vier Vertreter der Landesverbände, hinter e) "zwei direkt vom Kongreß zu wählende Personen. Dann § 13,2 "...in den ungeraden Jahren der Frauenwart, zwei Vertreter der Verbände und eine vom Bundeskongreß zu bestimmende Person, in den geraden Jahren der Meisterwart, zwei Vertreter der Verbände und eine weitere Person. Wiederwahl ist zulässig." - Der § 13, Absatz 1 und 2, wird einstimmig angenommen.

Frau Hecker wünscht in § 13, Absatz 4 die Einfügung "und Spitzenspielerinnen."

Herr Schneider formuliert den Absatz 4 folgendermaßen: Die unter b und c genannten Mitglieder des erweiterten Vorstandes werden von den deutschen Schachmeistern beziehungsweise Spitzenspielerinnen dem Bundeskongreß zur Wahl vorgeschlagen. - Der Absatz wird einstimmig angenommen.

Herr Schneider kommt zu § 15 und fragt, ob in Absatz 2 der Monat März bleiben soll.

Herr Schulz würde es begrüßen, wenn der Kongreß des DSB vor den Osterkongressen der Verbände stattfindet.

Herr Dähne befürwortet: "...im ersten Vierteljahr".

Herr Abels hält es für überflüssig, daß die Tagesordnung genannt wird.

Herr Stock wünscht vor allem den Tagesordnungspunkt "Genehmigung des Protokolls" erwähnt. - Herr Flach stellt klar, daß das Protokoll an alle Landesverbände versandt wird, die sofort Einspruch erheben müssen. -

Herr Dähne weist darauf hin, daß das Protokoll dem Vereinsregister eingereicht und vom Kongreß genehmigt werden muß. - Herr Dr. Staudte glaubt nicht, daß die einzelnen Punkte der Tagesordnung in die Satzung gehören, dafür genüge die Geschäftsordnung. - Herr Dähne empfiehlt, in der Satzung nur zu sagen, daß die Tagesordnung versandt wird ohne

122

einzelne Punkte.

Herr Schneider läßt abstimmen. - Der Absatz 2 von § 15 mit der Abänderung "im ersten Vierteljahr" wird einstimmig angenommen. - Der Zusatzantrag von Bayern betreffs Aufführung der einzelnen Punkte der Tagesordnung wird gegen die Stimmen von Bayern bei Stimmenthaltung von Württemberg abgelehnt.

Herr Schneider kommt auf die Anträge zu § 15, Absatz 9 zu sprechen. Der Zusatzantrag Munz lautet: "Bei Restzahlen von mindestens 300 Mitgliedern eine weitere Stimme, mindestens je eine Stimme".

Herr Munz erklärt, daß sein Antrag vor allem den kleinen Verbänden zugute komme. Bei 1400 Mitgliedern in Berlin fielen 400 Stimmen glatt unter den Tisch.

Herr Dr. Appel schlägt weitergehend vor, entsprechend der Bundesratabstimmung den Verbänden nur 5, 4 oder 3 Stimmen zu geben.

Herr Werner empfiehlt, den Antrag Dr. Appel zurückzustellen, bis sich die beiden großen Verbände damit befaßt hätten. Ohne sie gehe der Vorschlag ja doch nicht durch.

Nach längerer Aussprache kommt man überein, nur über den Antrag Munz abzustimmen. - Der Antrag Munz wird gegen die Stimmen von Mittelrhein ohne Stimmenthaltung angenommen.

Herr Kabitz beantragt zu § 15, 11, daß auch Ehrenmitglieder eine Stimme haben. - Herr Stock, Herr Dr. Stüber und Herr Munz sprechen sich dafür aus. Herr Munz weist darauf hin, daß die Einschränkung, Vorstandsmitglieder nicht über Satzungsänderungen abstimmen zu lassen, in der alten Satzung nicht enthalten war. - Herr Schneider hält es nicht für richtig, wenn Vorstandsmitglieder mit ihren acht Stimmen bei Satzungsfragen so viel Einfluß haben wie die Vertreter von 4000 Mitgliedern.

Herr Schneider läßt über den Absatz 11 mit dem Zusatz "und Ehrenmitgliedern" abstimmen. - Der Absatz wird einstimmig angenommen.

Herr Kabitz wendet sich gegen den Absatz 10. Einem vorübergehend abwesenden Delegierten müsse es gestattet sein, sich auch durch den Delegierten eines anderen Verbandes vertreten zu lassen. - Der Absatz 10 wird jedoch gegen die Stimmen von Niedersachsen in der Form des Entwurfs angenommen.

Herr Schneider erwähnt den Zusatzantrag von Mittelrhein zu Absatz 12, die Bestimmung des nächsten Kongreßortes durch den Kongreß festlegen zu lassen. Es wird dafür und dagegen gesprochen. Herr Dähne warnt davor, etwas festzulegen, da ja auch bei wichtigen Gründen das Präsidium nicht einen Kongreßbeschuß ändern könne. - Herr Schneider läßt über den Antrag Mittelrhein betreffs Kongreßort abstimmen. - Es sind 23 Stimmen dagegen (Berlin, Hessen, Hamburg, Weser-Ems, Niedersachsen, Baden) 15 Stimmenthaltungen (Nordrhein-Westfalen). Der Antrag ist abgelehnt, da keine Zweidrittelmehrheit erreicht ist.

Herr Schneider läßt über die gesamte Satzung abstimmen. - Sie wird einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen.

Herr Schneider verkündet, daß die Satzung sofort und mit allen Konsequenzen in Kraft tritt. - Er gibt bekannt, daß Herr Schulz den Antrag eingereicht hat, das Protokoll des letzten Kongresses in Höchst zu genehmigen. - Das Protokoll von Höchst wird ohne Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung (Czaya, kennt es nicht) genehmigt. - Die Sitzung wird um 13 Uhr zwecks Mittagspause unterbrochen.

Mittagspause

123

5. Entlastung

Herr Schneider eröffnet die Sitzung um 14.48 Uhr. Er stellt fest, daß jetzt nur der Blindenschachbund abwesend ist. - Er verliest ein Begrüßungsschreiben des stellvertretenden Bürgermeisters, Generaldirektor Edgar Schnell, der wegen Krankheit nicht erscheinen kann. Herr Schneider bittet Herrn Abels, den Dank des Kongresses zu überbringen. - Bevor der Wahlvorstand gebildet wird, spricht Herr Schneider den scheidenden Vorstandsmitgliedern den Dank aus, in den er auch den früher zurückgetretenen Herrn Jensch einschließt. Gleichzeitig mit seinem jetzt erfolgenden Rücktritt gibt Herr Schneider bekannt, daß er nicht wieder kandidieren will. Sodann bittet er um Vorschläge für den Wahlvorstand. - Es werden zunächst Herren Czaya, Dr. Stüber und Werner genannt. Herr Ahrens empfiehlt als Vorsitzenden Herrn Czaya, als Beisitzer Herrn Werner und zwecks Weiterführung des Protokolls Herrn Rellstab. Dieser letzte Vorschlag wird angenommen.

Herr Czaya übernimmt die Leitung der Versammlung und stellt zunächst die neuen Stimmzahlen auf Grund der neuen Satzung fest: Hamburg 3 Stimmen, Berlin jetzt 3, Schleswig-Holstein (mit berichtiger Nachmeldung 1357 M.) jetzt 3 Stimmen, Weser-Ems 2, Niedersachsen jetzt 4, Nordrhein-Westfalen jetzt 16, Mittelrhein 4, Hessen jetzt 6, Baden 6, Württemberg 7, Bayern 16, Blindenschachbund 1, Pfalz nicht vertreten. Insgesamt jetzt 71 Stimmen.

Herr Flach gibt bekannt, daß Herr Ahrens am Abend eine Abrechnung nachreicht. Er empfiehlt Entlastung des Schatzmeisters.

Herr Ahrens gibt zu, daß noch ein nicht belegter Differenzbetrag besteht. Herr Dr. Appel sei aber dreimal in Hannover, einmal in Braunschweig und einmal in Köln gewesen; er habe seinerzeit dafür einen Vorschuß erhalten.

Herr Czaya erklärt, daß ein sachlicher Vorgang bestehe und deshalb die Voraussetzung für eine Entlastung gegeben sei.

Herr Kabitz stellt den Antrag auf Gesamtentlastung des Vorstandes einschließlich des Schatzmeisters.

Herr Czaya läßt abstimmen. - Der Vorstand wird vom Kongreß einstimmig entlastet. Herr Czaya dankt als gegenwärtiger Versammlungsleiter sowohl dem Kongreß als auch im Namen des Kongresses dem Vorstand.

6. Neuwahlen

Herr Czaya bittet um Vorschläge für den Präsidenten.

Herr Abels schlägt Herrn Flach vor, der ablehnt ("zu viel Ehre"), Herr Ahrens schlägt Herrn Czaya vor, dieser lehnt aus wirtschaftlichen und zeitlichen Gründen ab. Herr Ahrens schlägt Herrn Dr. Gruhl vor, der auch ablehnt. Herr Dr. Appel schlägt Herrn Stock vor; auch Herr Stock will sich für ein Präsidialamt nicht zur Verfügung stellen.

Herr Czaya hält es für möglich, daß aus den Vorkommnissen und Diskussionen der letzten Zeit gewisse Ressentiments vorliegen, so daß für einige sonst in Frage kommende Herren die Voraussetzungen nicht als gegeben erachtet werden. - Er unterbricht die Sitzung.

Halbstündige Pause.

Herr Czaya teilt mit, daß er mit den Herren Dähne, Stock, Schneider und Dr. Deppe verhandelt hat, weil diese Herren die letzten Wochen entscheidend gestaltet und auch dazu beigetragen hätten, daß das Schach-

leben wieder seinen normalen Gang gehe. Leider ohne Ergebnis. Es sei offenbar eine nicht ganz unberechtigte Mißstimmung bei jedem von ihnen geblieben. Er appelliert an alle, doch wieder zusammenzuarbeiten. - Es wird von verschiedenen Rednern hierzu Stellung genommen. Herr Dr. Appel sieht die Fehler der Vergangenheit in nicht genügender Unterstützung des Vorstandes, Herr Schneider bemängelt die Nicht-Einberufung des Beirates. Herr Dr. Stüber glaubt, daß der neue Präsident mindestens das Vertrauen der beiden größten Verbände haben müsse. Herr Dr. Deppe schlägt Herrn Schneider zum Präsidenten vor. Herr Schneider lehnt ab. Darauf schlägt Herr Dr. Deppe Herrn Dähne vor. Herr Stock unterstützt diesen Antrag und bittet Herrn Dähne herzlich, trotz allen vorangegangenen Geschehens, das Amt wieder zu übernehmen. Herr Schulz spricht im gleichen Sinne.

Herr Dähne erklärt, daß er ursprünglich nicht wieder kandidieren wollte. Aber angesichts dieser Situation, die er nicht vorausgesehen habe, sei er schweren Herzens noch einmal dazu bereit, das Amt anzunehmen. Er habe feststellen müssen, daß manche Dinge zu sehr durch die Verbandsbrille gesehen werden. Es komme darauf an, auf höherer Ebene zu beraten, was für das gesamtdeutsche Schach geschehen könne. Ein Präsident müsse bedingungslos das Vertrauen haben, es dürfe nichts hinter seinem Rücken geschehen. Herr Dähne bittet Herrn Schneider, ebenfalls wieder mitzuarbeiten.

Herr Czaya erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen oder Wahlvorschlägen. - Es meldet sich niemand. -

Herr Flach beantragt für die Wahl des Präsidenten geheime Abstimmung. Bei der Abstimmung wird Herr Dähne mit 44 Stimmen bei 7 Stimmen für Herrn Schneider und 22 Stimmenthaltungen gewählt.

Herr Dähne übernimmt die Leitung der Versammlung und dankt für das Vertrauen. Er werde nach bestem Wissen und Gewissen das Amt führen. - Er bittet um Vorschläge für den Ersten Vizepräsidenten.

Herr Abels schlägt Herrn Schneider vor. Herr Schneider will nicht wieder kandidieren. - Ein Vertreter Mittelrhein schlägt Herrn Abels vor. Dieser würde sich zur Verfügung stellen. Herr Fohl schlägt Herrn Stock vor. Herr Stock verzichtet zugunsten von Herrn Abels.

Herr Dähne läßt abstimmen. - Herr Abels wird ohne Gegenstimmen bei 9 Enthaltungen (Niedersachsen, Weser-Ems, Schleswig-Holstein) zum Ersten Vizepräsidenten gewählt.

Herr Dähne begrüßt Herrn Abels im Vorstand und bittet um Vorschläge für den Zweiten Vizepräsidenten. - Es werden vorgeschlagen die Herren Stock, Werner, Dr. Deppe und Dr. Stüber. Die drei erstgenannten lehnen ab. Herr Stock will sich nur für die weitere Wahrnehmung der Verbindung mit der FIDE zur Verfügung stellen. - Herr Dr. Stüber wird ohne Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung zum Zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Herr Dähne bittet um Vorschläge für den Turnierleiter. - Genannt werden die Herren Brinckmann, Rellstab, Dr. Staudte und Dr. Rasquin, die alle ablehnen. - Auch Herr Fohl und Herr Bromberg lehnen ab. - Herr Dähne fragt Herrn Boese. Dieser will sich mit seinem Verbandsvorstand besprechen.

Herr Dähne unterbricht die Sitzung.

Pause

Herr Dähne teilt mit, daß Herr Boese sich nicht bereitfinden kann. Herr Remus habe Herrn Fohl vorgeschlagen.

125

Herr Fohl würde seine Amtsübernahme für eine Verlegenheitslösung halten. Er wäre nur dann dazu bereit, wenn er von den beiden größten Landesverbänden toleriert wird.

Herr Flach erklärt für Bayern und Herr Dr. Deppe für Nordrhein-Westfalen, daß sie Herrn Fohl unterstützen wollen.

Herr Dähne läßt abstimmen. - Herr Fohl wird ohne Gegenstimmen bei 6 Enthaltungen (Hessen) zum Turnierleiter gewählt.

Herr Dähne fragt nach Vorschlägen für den Schatzmeister. - Es werden vorgeschlagen Herr Peters, der ablehnt, und Herr Ahrens, der annehmen würde. - Es wird geheime Wahl beantragt. - Herr Ahrens wird mit 22 Stimmen bei 20 Nein-Stimmen und 26 Enthaltungen zum Schatzmeister gewählt.

Herr Dähne bittet um Vorschläge für den Schriftführer. - Genannt werden Herr Dr. Staudte und Herr Rellstab. Jeder von diesen will zugunsten des anderen verzichten. Sodann verzichtet Herr Rellstab endgültig. - Herr Dr. Staudte wird einstimmig zum Schriftführer gewählt.

Herr Dähne fragt nach dem Pressewart. - Es wird nur Herr Jensch vorgeschlagen, der das Amt annehmen würde. - Herr Jensch wird einstimmig zum Pressewart gewählt. - Für den Jugendwart werden Herr Fritz und Herr Dr. Appel vorgeschlagen. - Herr Fritz würde annehmen, Herr Dr. Appel lehnt ab. - Herr Fritz wird ohne Gegenstimmen bei 4 Enthaltungen (Niedersachsen) zum Jugendwart gewählt.

Herr Dähne geht zur Wahl des erweiterten Vorstandes über. - Für den Frauenwart wird Frau Hecker vorgeschlagen. - Frau Hecker wird einstimmig zum Frauenwart gewählt. - Für den Meisterwart schlägt Herr Dähne Herrn Rellstab vor. - Herr Czaya schlägt Herrn Eisinger vor.

Herr Dr. Stüber hält es für notwendig, die Wahl durch die Meister vornehmen zu lassen.

Herr Rellstab will eine schriftliche Wahl nach dem Kongreß durchführen.

Herr Dähne begrüßt diesen Gedanken und schlägt vor, daß der von den Meistern gewählte Vertreter auch vom Kongreß im voraus als bestätigt gilt. (kein Widerspruch). - Als Vertreter der Landesverbände werden die von Bayern, Nordrhein-Westfalen, Württemberg und Weser-Ems genannten Herren vorgeschlagen.

Herr Dähne läßt abstimmen. - Die Verbände Bayern, Nordrhein-Westfalen, Württemberg und Weser-Ems werden einstimmig gewählt. - Von den Verbänden werden als Vertreter genannt die Herren Flach, Dr. Deppe, Munz und Dr. Appel. - Herr Dr. Deppe und Herr Flach erklären sich freiwillig dazu bereit, für die Neuwahl von zwei Mitgliedern im nächsten Jahre zurückzutreten.

Herr Dähne bittet um Vorschläge für die beiden direkt vom Kongreß zu wählenden Personen. - Es werden die Herren Stock, Dr. Gruhl und Werner genannt. - Herr Dr. Gruhl verzichtet für seine Person. Es sei besser, diese Herren aus dem süddeutschen Raum zu wählen, die beiden anderen Herren sind bereit, die Wahl anzunehmen. - Herr Stock und Herr Werner werden einstimmig in den erweiterten Vorstand direkt gewählt.

Herr Dähne fragt nach der Satzungskommission. - Es wird Wiederwahl der Herren Werner, Flach und Abels vorgeschlagen. - Herr Flach glaubt, daß eine Satzungskommission nicht mehr notwendig sei. - Herr Dr. Appel erinnert an die von ihm beantragte Neuverteilung der Stimmen, Herr Bromberg an eine Geschäftsordnung. - Herr Werner hält eine Geschäftsordnung nicht für notwendig. - Herr Dr. Stüber glaubt, daß weitere Satzungsfragen auftauchen können. Er empfiehlt beispielsweise zwei

126

zusätzliche Stimmen für jeden Verband. - Herr Dähne bittet die Satzungs-kommission, doch noch zusammen zu bleiben. - Herr Flach erklärt sich nach einigem Zögern damit einverstanden, ebenso die Herren Werner und Abels. Die Satzungs-kommission bleibt bestehen.

Herr Dähne weist darauf hin, daß dem Turnierausschuß der Turnierleiter Herr Fohl angehört, es müßten dazu zwei weitere Herren gewählt werden. Es werden vorgeschlagen die Herren Bromberg, Gille und Boese. - Bei der Wahl erhält Herr Bromberg 61 Stimmen, Herr Boese 61, Herr Gille 10. - Der Turnierausschuß besteht aus den Herren Fohl, Boese und Bromberg.

Herr Dähne stellt klar, daß dem Ehrenrat die Herren Czaya, Wolf und Dr. Rasquin angehören, für Herrn Dr. Stüber, jetzt Vizepräsident des DSB, müsse ein Ersatzmann gewählt werden. Herr Czaya sei nur als Vor-sitzender des Ehrenrats zurückgetreten, nicht als Mitglied. - Es wird als Ersatzmann Herr Kabitz vorgeschlagen, der annehmen würde und ein-stimmig gewählt wird.

Herr Dähne bittet um Vorschläge für die beiden Kassenprüfer. - Es wer-den genannt die Herren Peters und Dr. Rasquin, die das Amt annehmen werden. - Die Herren Peters und Dr. Rasquin werden zu Kassenprüfern ge-wählt ohne Gegenstimmen bei 7 Enthaltungen (Württemberg).

7. Gerichtsstand und Sitz des Bundes

Herr Dähne stellt klar, daß dieser Punkt entfällt, da ja nach der Sat-zung, § 1, Absatz 2, Gerichtsstand und Sitz in Hamburg sind.

8. Etat 1955

Herr Ahrens geht den von ihm ausgearbeiteten Voranschlag durch. Hin-sichtlich des FM-Kontos habe das Kuratorium beschlossen, die Mittel zunächst für drei Jahre für die eiserne Reserve zu behalten. Im näch-sten Jahre könnten FM-Mittel für Förderungsmaßnahmen ausgegeben werden. Die eiserne Reserve müsse als Betriebskapital bleiben. - Es seien ein oder zwei internationale Turniere vorgesehen. Die Damenmeisterschaft habe im vorigen Jahre nicht stattgefunden, könne 1955 also nicht über-gangen werden. - 2000.-DM seien für Jugendförderung aus dem Jahre 1954 nicht verwendet. - Die Herren Unzicker und Schmid (als Sekundant) müß-ten nach Göteborg gehen, und vier Spieler seien für den Länderkampf des Claire-Benedikt-Turniers in der Schweiz auszustatten.

Herr Dähne bittet um Vorschläge.

Herr Fritz und Herr Dr. Appel wünschen nicht nur die 2000.-DM aus dem vorigen Jahre für die Jugendförderung, sondern darüber hinaus erheb-liche weitere Beträge.

Herr Dr. Deppe und Herr Schneider weisen auf die Schwierigkeiten in ih-ren und anderen Verbänden hin, Beitragserhöhungen oder Umlagen durch-zusetzen. Herr Schneider betont, daß zunächst die Schuld an Herrn Dähne zurückbezahlt werden müsse.

Herr Ahrens empfiehlt, unter diesen Umständen irgend etwas zu streichen. Herr Czaya wünscht, daß zunächst der Betrag an Herrn Dähne zurückbe-zahlt wird. - Herr Stock setzt sich noch einmal für Jugendförderung ein und meint, daß etwas hierfür aus der eisernen Reserve genommen werden kann. -

Herr Ahrens schlägt vor, 2500.-DM aus der Reserve zu nehmen und hofft, 2000.-DM mehr aus Mitgliedsbeiträgen zu bekommen, als eingesetzt ist. Diese würde er so verteilen: 500.-DM für Göteborg, 1000.-DM für Jugend-förderung zu den vorhandenen 2000.-DM, 1000.-DM für Vorstandssitzungen,

127

1000.-DM für den Kongreß und 1000.-DM für Verschiedenes.

Frau Hecker erinnert an das Frauenschach.

Herr Dr.Appel wünscht insgesamt für Jugendförderung 2000.- + 3000.-DM.

Herr Fohl warnt davor, die Ausgaben ins uferlose zu erhöhen.

Herr Ückermann erklärt, daß der Blindenschachbund auf die beantragten 200.-DM zugunsten der Jugendförderung verzichtet.

Herr Kabitz erinnert noch einmal an die Rückzahlung an Herrn Dähne und beantragt eine Umlage von 20 Pfennig. Außerdem hält er einen Zuschuß für Presse und Propaganda für erforderlich.

Herr Reinbold hält eine Umlage von 20 Pfennig für unmöglich.

Herr Schwarzmüller fragt, ob nicht einige Verbände freiwillig 20 Pfennig pro Mitglied zahlen wollen. - Hamburg sei dann der erste hierfür.

Herr Dähne schlägt vor, auf die beiden mit 3000.-DM vorgesehenen Länderkämpfe zu verzichten. Davon könnten 2000.-DM für Jugendwerbung und 1500.-DM für die Jugendmeisterschaft gegeben werden zusätzlich zu den schon vom vorigen Jahre vorhandenen 2000.-DM. - Herr Dähne läßt darüber abstimmen, ob in diesem Jahre auf Länderkämpfe verzichtet werden soll. - Es sind nur 3 Stimmen dagegen (Berlin), 3 Stimmenthaltungen (Hamburg). - Ob für die Jugendförderung 2000.- + 1000.-DM und für die Jugendmeisterschaft 1500.-DM? - Das wird vom Kongreß einstimmig angenommen.

Herr Stock regt noch einmal eine Umlage an. - Herr Kabitz, Herr Dr.Appel und Herr Schwarzmüller sprechen dafür, Herr Flach und Herr Reetz dagegen. Herr Reetz wünscht jedoch Rückzahlung an Herrn Dähne. Lieber sollten zu Vorstandssitzungen und Kongressen die Herren auf eigene Kosten fahren.

Herr Dähne verzichtet auf Abstimmung über die Umlage.

Herr Wunder empfiehlt, daß die Herren Flach, Peters und Ahrens sich noch einmal zu einer Beratung zusammensetzen. - Herr Munz unterstreicht diesen Gedanken, und Herr Schneider erhebt ihn zum Antrag. - Man beschließt dementsprechend, und die Herren Flach, Peters und Ahrens erklären sich damit einverstanden.

9. Spieltechnisches.

Herr Fohl will später einen ausführlichen Vorschlag ausarbeiten und gemeinsam mit dem Präsidenten veröffentlichen.

Herr Mertens spricht über Jugendmeisterschaften des Blindenschachbundes, er habe zu Ostern in Düren schon die zweite durchgeführt. Es habe vor zwei Jahren nur zwei Blindenschulen mit Schach gegeben, jetzt bereits sieben. Er habe dafür lediglich 50.-DM aus dem Jugendförderungsfonds verwendet.

Herr Boese erkundigt sich nach den Jugendlehrgängen. - Herr Dähne will darüber nach der nächsten Vorstandssitzung über Herrn Fritz Näheres bekannt geben. - Herr Ewald erinnert an das Schulschach. Man müsse versuchen, an die Lehrer heranzukommen. - Herr Dähne bittet Herrn Ewald, sich mit einer schriftlichen Ausarbeitung an Herrn Fritz zu wenden. - Herr Fritz weist darauf hin, daß er in Südbaden 1200 Jugendliche für das Schulschach gewonnen habe.

10. Anträge

128

vertagt, wie bereits beschlossen. - Herr Werner will diesen Gedanken ausgearbeitet durch Rundschreiben an die Verbände weiterleiten.

Herr Dähne berichtet über den Antrag, den Gehörlosenverband als korporatives Mitglied aufzunehmen. - Herr Schneider stellt klar, daß das in Bayern nicht gehe, im DSB wahrscheinlich auch nicht. Es müsse sich jeder einzeln zur Aufnahme anmelden. - Herr Dr.Appel meint, man müsse es den Verbänden überlassen. Er habe Erfahrungen damit, es sei ein schwieriges Kapitel. - Herr Mertens weist darauf hin, daß der Gehörlosenverband, Sparte Schach, ein Sportverband sei. Der Blindenschachbund sei dagegen völlig unabhängig und gehöre auch nicht dem Versehrtensport an. So sei er in einer ganz anderen Lage als der Gehörlosenverband.

Herr Dähne erwähnt den Antrag von Eckbauer/Berlin auf einen Zuschuß von 200.-DM zu den Reisekosten der Mannschaft nach München. - Herr Dr.Stüber weist auf die besonders hohen Kosten der Berliner hin, da von ihnen vier als Ostzonenflüchtlinge hätten fliegen müssen. - Herr Munz und Herr Stock sprechen dagegen. Es sei den Vereinen von vornherein klar gewesen, daß der DSB diese Veranstaltung nicht finanziert. - Herr Dähne läßt über den Antrag Eckbauer/Berlin abstimmen. - Berlin und Hamburg sind dafür, einige enthalten sich der Stimme, die Mehrheit ist dagegen.

Herr Dähne verliest einen Brief von Frau Hecker. Sie bittet um Mittel aus dem Förderungsfond zugunsten des Frauenschachs, regt an, daß der Frauenwart bei der Frauenmeisterschaft zugegen ist und wünscht, daß die Frauenmeisterschaft bei 3000.-DM Zuschuß alljährlich ausgetragen wird.

Herr Stock hält 3000.-DM für indiskutabel. Die Frauen müßten selber zu den Unkosten erheblich beitragen. - Herr Jensch hält acht Spielerinnen anstelle von 14 für ausreichend. Alljährliche Austragung sei nur unter dem Gesichtspunkt der Propaganda zu sehen. - Herr Dähne empfiehlt 1000.-DM für die Frauenmeisterschaft, weitere Kosten durch den Veranstalter, Frauenmeisterschaft in diesem Jahre und alljährlich. Er läßt über die alljährliche Austragung abstimmen. - Es sind 27 Stimmen dafür (Weser-Ems, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Herr Ahrens persönlich), dagegen 41 Stimmen (Bayern, Baden, Niedersachsen, Württemberg, Mittelrhein, Berlin), einige Enthaltungen. - Herr Dähne empfiehlt, in diesem Jahre die Frauenmeisterschaft zusammen mit der Seniorenmeisterschaft zu veranstalten. Man werde darüber in der nächsten Vorstandssitzung gemeinsam mit Frau Hecker sprechen.

Herr Ahrens berichtet, daß er mit den Herren Flach und Peters zu fruchtbaren Ergebnissen gekommen sei. Man komme zu einem Ausgleich, müsse aber noch kleine Kürzungen vornehmen. Für die Jugend 1500.-DM zu den 2000.-DM für Propaganda 500.-DM, für die Frauenmeisterschaft nur 800.-DM.

Herr Dähne läßt über den neuen Voranschlag abstimmen. - Er wird einstimmig angenommen. - Herr Dähne verkündet den Antrag auf alljährliche Einzelmeisterschaft der Senioren.

Herr Bromberg begründet den Antrag vor allem damit, daß ja die Verbände alljährliche Meisterschaften haben und auch bei zweijähriger Austragung nicht viel gespart wird, wegen der Vorturniere. - Herr Schneider ist von je her für alljährliche Meisterschaft gewesen. Auch dann komme man allerdings um gewisse Vorturniere nicht herum. Er erläutert die Aufstiegsordnung im Bayerischen Schachbund mit Meisterklasse 1 und 2. In Klasse 1 seien zwölf Spieler, die Hälfte steige ab. Ähnliches lasse sich auch im DSB einrichten. Man müsse die Einzelheiten durch den

Spielausschuß ausarbeiten lassen. - Herr Dähne teilt mit, daß er kürzlich in Hamburg einen ähnlichen Plan bekanntgegeben habe. - Herr Flach ergänzt die Ausführungen von Herrn Schneider. Man könne natürlich erst im nächsten Jahre mit der Neuordnung beginnen.

Herr Dähne will die Frage durch Spielausschuß und Vorstand weiter behandeln lassen und empfiehlt, nicht darüber abzustimmen (kein Widerspruch). - Hinsichtlich der Vollmachten des Spielausschusses sei ein Antrag gestellt.

Herr Bromberg begründet den Antrag. In jedem Sportverband sei ein Fachausschuß für alle spieltechnischen Fragen maßgebend. - Herr Schneider hält den Antrag für zu weitgehend. Der Spielausschuß dürfe nur beraten, der Präsident müsse entscheiden. - Herr Peters weist darauf hin, daß ja nach dem Antrag der Präsident ein Weisungsrecht habe; aber der Spielausschuß müsse auch beschließen können. - Herr Fohl weist auf die erfolgreiche Arbeit des Spielausschusses in Hamburg hin. Der Spielausschuß dürfe nicht im luftleeren Raum arbeiten.

Herr Dähne läßt darüber abstimmen, ob der Passus über den Spielausschuß in die Turnierordnung nach dem Antrag Nordrhein-Westfalen aufgenommen werden soll. - Der Antrag wird einstimmig angenommen. - Herr Dr. Gruhl bezweifelt, daß sich alle Anwesenden über die Konsequenzen im klaren seien. Er warnt vor allzu großer Vollmacht für den Spielausschuß.

11. Verschiedenes

Herr Harbecke gibt auf eine Frage Herrn Schneiders nach dem Verbleib des Silbernen Turmes die Auskunft, daß dieser sich seines Wissens noch bei Herrn Röwer befinde.

Herr Kabitz spricht im Namen des Kongresses Herrn Brinckmann den Dank für seine Tätigkeit aus. - Herr Munz und Herr Dr. Appel danken Herrn Schneider.

Herr Dähne hebt ebenfalls noch einmal die Verdienste von Herrn Brinckmann hervor. Er dankt auch Herrn Stock, der ja jetzt nur noch im erweiterten Vorstand ist.

Herr Ahrens berichtet über die Bibliothek des DSB, einen Koffer mit 73 Büchern und Heften. Es seien keine Lehrbücher, es befinde sich aber darunter eine lückenlose Geschichte der Kongresse seit 1870. Er schlägt vor, die Bücher als Präsent Herrn Dähne zu überreichen, damit dieser sie anläßlich des Jubiläums dem Hamburger Schachklub übereignet. - Herr Dr. Appel will die Bücher dem Jugendwart zur Verfügung stellen, Herr Fohl dem Pressewart oder Präsidenten. Herr Kabitz empfiehlt, auf Grund der Bücher eine Chronik schreiben zu lassen. Die Herren Peters, Stock und Dr. Appel nennen verschiedene Herren, denen man eine solche Aufgabe übertragen könne. - Herr Kabitz beantragt schließlich, die Frage der Schachbücherei dem Präsidium zu überlassen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dähne schließt den Kongreß um 22.30 Uhr.

Emil Dähne

Präsident des DSB



Ludwig Rellstab

Protokollführer

